

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

92 (21.4.1931)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 getragene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gegenüber-
setzung 60 Pfennig o. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichtentgeltung des
Abendblattes, bei geschäftlicher Beteiligung und bei Anzeigen außer Reich tritt o. Erfüllung-
ort und Geschäftszeit in Karlsruhe L. D. o. Schluß der Anzeigen-Nahme 8 Uhr vormittags

Andere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern
Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk
Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2,50 Mark o. Ohne Jahressatz 2,20 Mark o. Durch die Post
vormittags 11 Uhr o. Postfachkonto 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsru-
he L. D., Wehrstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Volkshaus-Mieter: Durack, Haupt-
straße 9, D.-Boden, Tagbaustraße 12, Rohlf, Rohlfstraße 2 Offenbach, Republikstraße 3

Nummer 92 Karlsruhe, Dienstag, den 21. April 1933 51. Jahrgang

Die Volkspartei fordert Reaktionäres Vorhaben — Wir warnen Herrn Brüning

Die Deutsche Volkspartei hat sich ein neues Programm ge-
geben, aber es richtiger zu sagen, es ist für ein neues Programm
gegeben worden. Der Vorgang ist recht eigenartig. Dem Zentral-
vorstand, der am Sonntag zu einer Sitzung in Berlin zusammen-
getreten war, wurde das, man weiß nicht von wem, ausgearbeitete
„neue Grundgesetz“ vorgelegt, und er hat es auf Antrag von Ge-
heimrat Kohl ohne Ausprägung eines bloß einstimmigen Antrags
den. Jedenfalls ein sehr vereinfachtes Verfahren, um das die an-
deren Parteien die Deutsche Volkspartei beneiden könnten, wenn
sie nicht Wert darauf setzen, daß ihr Programm nicht von oben dik-
tiert, sondern von der Parteimitgliedschaft durchgelesen und von
einem Parteitag beschlossen würde.

Indessen, die Art des Zustandekommens ist nicht unsere Angele-
genheit. Wenn den Angehörigen der Volkspartei im Lande die von
ihren Führern beliebige Methode gefällt, so kann es uns nicht sein.
Was uns interessiert, ist Tendenz und Inhalt des Grund-
gesetzes, das im übrigen, wie Herr Dr. Dingeldey, der Führer der
Volkspartei darlegt hat, kein so genanntes „Reinheitsprogramm“, son-
dern eine Formulierung der Ziele des politischen Kampfes in der
nächsten Zeit sein soll.

Da muß man nun freilich sagen, daß das, was sich die Herren für
die nächste Zeit vornehmen, nicht wenig ist, und daß die For-
derungen auch qualitativ wahrhaftig nicht als bescheiden anzu-
sehen sind. Gewiß gibt es da kaum etwas, das den, der die
Volkspartei kennt, zu überraschen vermöchte, und schließlich läßt sich
auch die begeisterte Zustimmung des Zentralvorstandes begreifen, da
ihm in dem Programm alle die Dinge präsentiert wurden, die
von dem reaktionären-kapitalistischen Unternehmertum
angestrebt werden.

Um die wichtigsten Punkte hervorzuheben, so verlangt man verfäl-
schungsrechtlich neben der Beschränkung der Rechte des
Reichstages eine zweite Kammer, die aus Vorkandidaten,
Vertretern der Wirtschaft und aus Persönlichkeiten des geistli-
chen und öffentlichen Lebens, insbesondere der Kirche und Hoch-
schulen bestehen soll. Ferner soll der Reichspräsident analog
Oberhaupt des Landes Preußen sein und endlich soll das
Wahlalter auf das 25. Lebensjahr hinaufgesetzt werden.
Das bedeutet also einen Vorstoß gegen die Demokratie und das Ein-
setzen der Rechte des preussischen Staates. Die zweite Kammer, wie
sie die Volkspartei sich denkt, hat eine fatale Neuhilfskraft mit dem
letzten preussischen Herrenhaus. Das Wahlalter für den Reichstag
wird auf die Linie der Vorkriegszeit zurück verlagert, und ähnlich
wie im kaiserlichen Deutschland werden Reich und Preußen so-
zusammen wieder in eine Hand gegeben, nur mit dem Unterschied, daß
diesmal Preußen unter eine Art Kontrolle des Reiches gestellt wird,
in der stillschweigenden Voraussetzung natürlich, daß der Reichsprä-
sident der Volkspartei gefällt, die preussische Regierung aber ihr
nicht genehm ist.

Jedenfalls drückt sich in diesen drei Forderungen die ganze Reak-
tionärei der Grundgesetze des Herrn Dingeldey und, wie man
sich wenig bedenken, wenn man gleichzeitig eine kleine Verbeugung
vor den Symbolen des Staates macht, denn eine Verfassung, wie sie
hier konstruiert wird, kann am Ende auch einen Anhänger der
Kaiserlich-rotten Monarchie mit der Republik verwechseln.

Die Forderungen auf dem Gebiet der Wirtschaft und dem
der Sozialpolitik tragen durchaus ähnlichen Charakter. Hier
ist in der Hauptsache nur programmatisch zusammengefaßt, was wir
aus Reden und Anträgen der Volkspartei schon lange wissen:

Senkung der öffentlichen Lasten, der Steuern,
der Finanz- und der Sozialabgaben,
besondere Herabsetzung besonders der Realsteuern und völlige
Aufhebung der Haussteuer,
Entziehung der mittellosen Arbeiter in den Gemeinden,
da über die Gemeindegeldsätze grundsätzlich nur die Bürger mit
entscheiden sollen, die auch an den Gemeindefällen teilhaben,
Übernahme des Schlichtungswesens aus den Händen des Staates
auf die Selbstverwaltungsglieder der wirtschaftlichen Vereinigungen
von Arbeitgeber und Arbeitnehmer,
Beschränkung der Arbeitslosenversicherung auf die konjunkturellen
Arbeitslosen und
Wersicht auf Einwirkung öffentlicher Mittel zu ihrer Erhaltung.

Das sind, wie gesagt, Ansprüche an die Gesetzgebung, mit denen
wir uns schon oft genug auseinandergesetzt haben und die eine er-
hebliche Bedeutung nur dadurch gewinnen, daß sie hier so nett neben-
einander gestellt und als Ziele des nächsten politischen Kampfes be-
zeichnet werden.

Es folgt dann noch die Forderung der Beilegung der an-
geklagten Parteibuchbeamten, was für deutsch nichts an-
deres heißt, daß Menschen, die aus der Arbeiterklasse kommen,
der Zugang zur Verwaltung erschwert oder unmög-
lich gemacht werden soll. Es folgt ein Bekenntnis zu den christlichen
Grundlagen deutscher Kultur und deutscher Schulerziehung und
schließlich die ziemlich unverhüllte Proklamierung des deutschen
Rechts auf Aufrüstung für den Fall, daß der Völkerverbund bei der Ab-
rüstungskonferenz verfehlt. Das Ganze ist überlagert mit einer
Sauce von ebenso schönen wie am Endeigen Redensarten. Da
wird der Geist der nationalen Volksgemeinschaft — wohl gemerkt,
der nationalen — beidmalden. Da wird die Sozialpolitik als eine
Politik bestimmt, die die freie menschliche Persönlichkeit im Arbeits-
verhältnis zur vollen Auswirkung kommen läßt und was dazugehörig
erhebende Worte mehr sind. Aber durch all das wird das Gesicht
nicht schmaler gemacht, und das Bekenntnis bleibt, daß die
Volkspartei sich programmatisch zu einem Kurs bekennt, wie ihn
die Anhänger Eugenbergs sich kaum reaktionärer wünschen können.

Und nun ist noch damit zu rechnen, daß die Programmformulierer
bei ihrer Aktion vom Sonntag nicht stehen bleiben, sondern be-
müht sein werden, in der Regierung und durch die Regierung
ihre Forderungen so bald als möglich zu verwirklichen. Dadurch
eröffnet sich natürlich die Möglichkeit sehr ernstlicher Konflikte, denn
der Reichspräsident und sein Kabinett werden sich über den Wider-
stand, den die Ansprüche der Volkspartei bei den Sozialdemokraten
finden, durchaus im klaren sein müssen. Herr Dingeldey hat in
der Rede, die er vor seinem Zentralvorstand hielt, auch von den
Opfern gesprochen, die die Sozialdemokratische Partei in den letzten
Monaten gebracht hat. Er wünscht, so sagte er, daß ein Führer der
Volkspartei niemals in die Lage komme, seinen Anhängern so viel
Zumutungen aufzuerlegen, wie es die Führer der Sozialdemokraten
tun hätten. Der starke Beifall, der diesen Worten folgte ist zu
verstehen, denn wenn wir schon an sich überseht waren, daß die
Volkspartei um der Gesamtheit und um der Sicherung der Demo-
kratie willen nie das auf sich nehmen werde, was die Sozialdemo-
kratie auf sich genommen hat, so sind wir in diesem Glauben durch
das neue Programm nur bestärkt worden.

Wir bereuen den Weg nicht, in den letzten Mona-
ten, den wir gegangen sind. Aber vor Dingeldey, so auf
wie vor Brüning können wir erklären, daß sie sich der Grenze be-
müht bleiben, innerhalb deren die Sozialdemokratie Kosten
auf sich nehmen kann und gerade die Programmveröffentlichung
sollte dem Reichspräsidenten Veranlassung geben, dem Führer der
Volkspartei die Notwendigkeit ihrer Haltung vor Augen zu führen.

Ist das Preislenkung? Brotpreiserhöhung in Berlin

Berlin, 20. April. Mit Wirkung von heute ab ist der
Nachtbrot ausfolge der Brotpreiserhöhung in Berlin um 2 Pfennig auf
48 Pfennig erhöht worden. Obwohl der Zweifelhafte der Bäcker-
meister Großberlins noch am 8. April der Ansicht war, daß eine
Brotpreiserhöhung für die nächsten Wochen noch nicht eintreten
würde, weil die Auswirkung der heraufgehenden Ausmahlungs-
anfrage für Roggen abzuwarten sei, hat sich jetzt eine Preiserhöhung
nach seiner Meinung nicht länger vermeiden lassen.
Sonderbare Wege sind es, welche die „Preislenkung“ geht.

Oberösterreichische Landtagswahlen

Wien, 20. April. Nach den vorläufig festgestellten
Ergebnissen der gestrigen Landtagswahlen in Oberösterreich haben
der Heimatblock und die Nazis in keinem Wahlkreis die für Er-
langung eines Mandats erforderliche Stimmenzahl erreicht. Auf
die Christlichsozialen entfielen 2, auf die Sozialdemokraten 15, und
auf den Landbund 5 Sitze im neuen Landtag. Ungarisch gegen-
über der Zahl der jetzigen Mandate im Landtag (60) gewinnen
die Sozialdemokraten 2, die Christlichsozialen 1 Mandat; die Groß-
deutschen und der Landbund erhielten 3 Mandate.

Vor schweren Entscheidungen

Die Entwicklung der Finanzen — Zolltreibereien — Sparmaßnahmen Anschläge gegen die Sozialpolitik

Am Donnerstag will das Reichskabinett, dessen Mitglieder seit
der Vertagung des Reichstages beurlaubt waren, seine Arbeiten
wieder aufnehmen. Auf der Tagesordnung dieser Kabinettsitzung
stehen agrarpolitische, finanzpolitische und sozialpolitische Fragen.
Um was es sich dabei im einzelnen handelt, ist bisher nicht mit-
geteilt worden. Man weiß jedoch aus den Erörterungen des Reichs-
tags, daß das Kabinett sich in erster Linie wiederum mit den Zoll-
erhöhungswünschen der Landwirtschaft zu beschäftigen haben wird,
über die im März innerhalb der Reichsregierung große Meinungs-
verschiedenheiten bestanden haben. Auch heute dürften sie noch
vorhanden sein, zumal durch das Zollermäßigungsgebot weitere
Schranken gegen Zollerböhrungen auferlegt worden sind. So
dürfen die bestehenden Handelsbeschränkungen mit anderen Ländern
nicht gestört werden. Es darf durch die Zollmaßnahmen auch weder
eine Erhöhung des Brotpreises noch eine Erhöhung der allgemeinen
Lebenskosten erfolgen. An diese Schranken wird man die Reichs-
regierung um so mehr erinnern dürfen, als Reichsernährungs-
minister Schiele noch wie vor an seinen ursprünglichen Plänen fest-
zuhalten scheint, deren Verwirklichung gerade in der gegenwärtigen
Wirtschaftssituation Deutschlands schwere Widerstände hervorrufen
würde.

Die Entwicklung der öffentlichen Finanzen ist nach wie vor über-
aus ungünstig. Die Steuereinnahmen bleiben hinter den erwar-
teten Beträgen zurück. Es ist daher anzunehmen, daß der Reichs-
finanzminister schon frühzeitig zu Beginn des Etatsjahres den
Versuch machen wird, an den Ausgaben zu sparen, was in der
Etatsermächtigung vorgesehen ist. Allerdings scheint dem Kabinett
bisher ein klarer Plan, an welchen Stellen gespart werden soll,
noch nicht vorgelegt zu sein. Bei den Beratungen der Regierung
wird deshalb wahrscheinlich zunächst nur die allgemeine Linie der
Sparpolitik festgelegt werden.

Industriespionage und KGO

Die Kommunisten mißbrauchen Arbeiterschaft

Frankfurt a. M., 20. April. (Eig. Draht.) Die im Zusam-
menhang mit der kommunistischen Spionageaffäre bei den Wer-
ken der F. G. Farben in Höchst entlassenen 23 Arbeiter
waren restlos Mitglieder der KGO.
Das von dem Hauptspion Dienstbach bis ins kleinste aus-
gearbeitete Werks-Spionagesystem ließ an Planmäßigkeit und
Systematik auch nicht das geringste zu wünschen übrig. Alle
Mitglieder der KGO und der chemischen Industrie
waren in Gefahr, von einer gut bezahlten Clique durch Spio-
nage mißbraucht und in die Affäre hineingezogen zu wer-
den. Mancher ehrliche radikale Arbeiter ist, ohne daß er es
geahnt, aus reiner Fahrlässigkeit zum Mitschuldigen
geworden. Denn das war das gemeine an der Handlungs-
weise des Dienstbach und seiner Helfershelfer, daß sie ihre
Opfer aushorchten, ohne daß sie sich der Tragweite ihrer Aus-
sagen bewußt waren.

Den KGO-Spionen kam es nicht nur darauf an, die Ana-
lysen von Rezepten und andere Betriebsgeheimnisse in die
Hände zu bekommen, sie versuchten auch sämtliche Fa-
brikationsmethoden der deutschen chemischen Produktion
zu erhalten. Dieser großangelegte Versuch geistigen Diebstahls
dürfte an seinem Ausmaß und seinen Methoden genossen,
in der Geschichte der Industriespionage der letzten Jahrzehnte
einzig dastehen. Wäre der Plan der obersten Leiter der KGO,
und seiner Helfershelfer geglückt, so hätte das praktisch die
Protokollmachung von tausenden von chemischen Arbei-
tern in Deutschland bedeutet.

Frankfurt a. M., 19. April. Im Einvernehmen mit dem Arbeiter-
und Betriebsrat hat sich das Werk Höchst zur Entlassung von
7 Arbeiterratmitgliedern und 16 Arbeitern veranlaßt gesehen.
Wahrscheinlich werden im Laufe der nächsten Zeit noch weitere
Entlassungen vorgenommen werden.

Erholung und Sonntagsruhe in England

London, 20. April. Die Gesetzesvorlage, die unter Aufhebung
einer Verordnung aus dem 18. Jahrhundert Theater und Kino-
vorstellungen sowie sportliche Veranstaltungen an
Sonntagen erlaubt, wurde heute in später Abendstunden in zweiter
Lesung mit 258 gegen 210 Stimmen angenommen. Die Par-
teien hatten ihren Abgeordneten die Abstimmung freigegeben. Die
Mehrheit der Regierung setzte sich aus Mitgliedern aller drei Par-
teien zusammen.

Mussolinis Ordensträger

Anlässlich der Geburtsstagsfeier der Stadt Rom hat Mussolini
verschiedenen ausländischen Pressevertretern den Orden des Kom-
mandeurkreuzes des Mauritianus-Ordens verliehen; darunter auch
dem Vertreter des Berliner Lokalanzeigers Dr. Eberlein, der
bekanntlich auch in der deutschen Provinzpresse sein demagogisches
Wort leuchten läßt.

Wer die schriftlichen Ergüsse des Herrn Eberlein kennt, wird nicht
daran zweifeln, daß er durch seine Speichelleckerei vor Mussolini
vollauf verdient hat, vom italienischen Diktator in dieser Weise
„beglückt“ zu werden.

Spanische Bilderbogen

Momentbilder aus der Geschichte der jüngsten Republik
Von Paul Diner-Denes

Die jüngste europäische Republik, die spanische, hat, wie es auch nicht anders zu erwarten war, mit allerlei Schwierigkeiten zu kämpfen, und schon jubelt die Rechtspresse, daß die Ausrufung der Republik für das Land unheilbringend sein wird. Der Angriff, das Blatt des Herrn Goebbels, gibt sogar der Nachricht „König Alfons hat abgedankt“ den Titel „Spanien im Sumpf“. Alle diese Herrschaften wollen ihren Vatern weismachen, daß nach dem Ende der „glorreichen“ Monarchie, Spanien am Rande des Abgrundes angelangt sei und daß nur ein neuer König das Land vor dem Zerfall und dem ständigen Bürgerkrieg retten kann.

Am dieses ihr Ziel zu erreichen, schrecken Hugenberg und Konforten auch vor großen Geschichtsfälschungen nicht zurück. So schreibt die Nachtausgabe vom 15. April unter dem Titel „Schon einmal Republik“... „Zwei Jahre lang (vom Februar 1873 bis Dezember 1875, D. Red.) war Spanien Republik mit einer Geschichte, die die Väter der neuen spanischen Republik nur in Schrecken verlegen kann. Mord und Bürgerkrieg waren damals die Zeichen jedes Tages, den Spanien erwartete.“

In Anbetracht dieses irreführenden Artikels wird es nicht uninteressant sein, zu zeigen, wie sich in Wirklichkeit diese Vorgänge abgepielt haben. Es wird sich auch lohnen, die wahren Hintergründe der heutigen verworrenen Lage für die eben das monarchistische Regime verantwortlich ist, aufzudecken.

Königin Isabellas Günstlingswirtschaft

Im Jahre 1868 mußte Königin Isabella, die schon mit 13 Jahren großjährig erklärt wurde und die königliche Macht übernahm, das Land verlassen. Heer und Flotte lehnten sich gegen sie auf, und Isabella flüchtete nach Frankreich. Eine 25 Jahre lang dauernde Günstlingswirtschaft nahm mit dieser Revolte ihr Ende.

Isabellas Regierungszeit war geradezu skandalös und trug die Keime der späteren Konflikte in sich. Die Königin war ständig von einigen Liebhabern umgeben, die natürlich mitregierten und ebenso natürlich nur auf ihre persönlichen Wohlgeraten bedacht waren. Als vor Ausbruch der Militärrevolte der Cortes (das spanische Unterhaus) von der Königin verlangt, allein, d. h. ohne ihren Wuhlen, einen gewissen Mafiori nach Madrid zurückzuführen, wollte sie dies nicht tun. Sie ernannte statt dessen den General Concha zu ihrem Ministerpräsidenten, ließ über Madrid den Belagerungszustand verhängen und bereitete auf diese Weise den Aufstand vor.

Sie war es auch, die die Nation zum ersten Male durch einen General inebeln ließ. Im Jahre 1844 ernannte sie General Narvaez, der zum Musterbeispiel des politisierenden Generals wurde, zum Ministerpräsidenten. Dieser Typ war auch späterhin in der Neuzeit der Fluch Spaniens.

Die erste Republik

Nach Isabellas Flucht begann die Suche nach einem neuen Herrscher. Endlich wurde dieser in der Person des zweiten Sohnes des Königs Viktor Emanuel gefunden. König Amadeus zog am 2. Januar in Madrid ein. Doch nach 2 Jahren mußte er wieder abhauen. Die unmittelbare Ursache dieses Entschlusses war die erstarrende Militärdiktatur. Die Regierung ernannte den General Saldago zum Generalkapitän der baskischen Provinzen. Dieses gefiel den Artillerieoffizieren nicht, und so legten sie ganz einfach die Arbeit nieder. Sie begannen einen Streik und verlangten von der Regierung ihre Dienstentlassung. Selbstverständlich blieben sie Sieger, und Amadeus zog hieraus die Konsequenzen.

Am selben Tage, als der König abdankte, erklärte der Cortes mit 256 gegen 32 Stimmen die Republik. Die Republik war also geschaffen, mußte jedoch gleich gegen zwei Fronten ankämpfen. Von Norden her drohten die Monarchisten, die wieder ein Königreich errichten wollten, und von Süden her brach das kommunistische Chaos herein. Die Wirtschaft, die unter Königin Isabella herrschte, machte die anarchischen Elemente, die nicht nur das Verschwinden der Monarchisten, sondern auch die Auflösung jeglicher Ordnung verlangten, ungemein stark. Dies wäre noch an und für sich der jungen Republik nicht gefährlich geworden. Aber die Monarchisten und die übrigen reaktionären Elemente des Landes begünstigten diese Bewegung (heute arbeiten ja die Faschisten und Kommunisten auch Hand in Hand), weil sie der Meinung waren, daß das Chaos ihren Zielen förderlich ist. Und so konnte das viel geplagte Land nicht zur Ruhe kommen.

Es folgten eine Anzahl kommunistischer Aufstände: in Malaga, Sevilla, Cadix, Alai, Cartagena und anderen Orten. In Cartagena bemächtigten sich sogar die Aufständischen einiger Kriegsschiffe. Die Monarchisten nutzten natürlich diese Unruhen aus und profitierten davon. Schließlich erreichten sie auch ihr Ziel. Der monarchistisch gestimmte General Pavía drang am 2. Januar 1874 mit seinen Elitetruppen in den Cortes, der eben eine Sitzung hielt, ein, und — stürzte die Republik.

Nun übernahm General Sarrano die Macht und unterdrückte den Aufstand in Cartagena. Der Weg zu der Restaution, zu neuen Grausamkeiten, war frei. Die Kommunisten erwiesen sich eben als die Schrittmacher der Monarchie. Im Dezember 1874 war der Kreislauf beendet. Alfons XII., Isabellas Sohn, bestieg den Thron.

Das ist die wahre Geschichte der ersten spanischen Republik. Während dieser Zeit kam es zwar zu blutigen Aufständen und zum Bürgerkrieg, doch dies war die Schuld der Monarchisten und ihrer Helfershelfer, der Kommunisten, während heute...

Die Stützen der neuen Republik

Auch jetzt stützt das neue Regime auf eine Reihe Schwierigkeiten. Auch jetzt gibt es im Süden des Reiches, in Katalonien eine anarchische Strömung. Auch jetzt muß die neue Madrider Regierung gegen die separatistischen Strömungen in Katalonien und den baskischen Provinzen ankämpfen. Aber, weshalb Unterschied damals und heute!

Damals gab es eine starke monarchistische Partei, und das Militär war ihr williges Werkzeug. Heute ist die Monarchie abgewirtschaftet. Die Tatsache, daß Alfons XIII., ohne Widerstand zu versuchen, bestieg durch das allgemeine geheime Wahlrecht — ein einzigartiger Vorgang in der Geschichte — dem Thron entfiel, beweist das nur zur Genüge. Und dann noch etwas! Während der ersten Republik existierte weder eine wohlorganisierte sozialdemokratische, noch eine starke republikanische Partei. Heute aber...

Zuletzt erstarbte die Arbeiterbewegung in Barcelona, wo sie anarchische Ziele verfolgte, ganz offen an die Leidenschaften der Massen appellierte und direkte Aktion verlangte. Die

Ford in Köln

Die Kölner Fordwerke vor der Vollendung — Die europäischen Niederlassungen Fords — Das Bauabstadium der Kölner Werke — Sentung der Arbeitslosenziffer in Köln? — Lohnrevolution durch Ford?

Es ist schon viel Lärm in Köln um das große Werk gewelen, dessen Grundstein Hr. Henry Ford am 2. Oktober des vergangenen Jahres auf dem Köln-Riebler Hafengelände gelegt hat. Der Vorauspreis, zu dem der Kölner Oberbürgermeister, Konrad Akenauer, dem amerikanischen Autolionia von dem städtischen Industriegelände verkauft hat, sowie die steuerlichen Sonderbestimmungen, die er ihm eingeräumt haben soll, haben schon viel böses Blut gemacht. Aber jetzt, da die Kölner Fordniederlassung kurz vor der Vollendung steht — in absehbarer Zeit einer großen Zahl von Menschen Brot und Arbeit zu geben verdrückt, haben sich die Gemüter wieder beruhigt. Der Augenblick, da die ersten farbigen Wagen aus den Toren der Kölner Fordniederlassung rollen werden, wird von allen Wirtschaftskreisen Deutschlands, ja darüber hinaus, Europas, mit großer Spannung erwartet; denn die Inaon der Ford Motor Company beschränkt sich keineswegs auf Deutschland allein. Ford errichtet zu gleicher Zeit in fast allen europäischen Ländern Niederlassungen. Die anderen europäischen Niederlassungen sind nur als Montagewerksstätten gedacht, die sich darauf beschränken sollen, ansefertigte Einzelteile zum fertigen Auto zusammenzubauen. Die Kölner Niederlassung bildet ein Zwischenstadium zwischen diesen beiden Arbeiten und Werksstätten, d. h. man wird den größten Teil der benötigten Einzelteile in den Kölner Fabrikräumen herstellen, während man andere Teile, vor allen Dingen einige, in Amerika weit billiger zu produzierende Spezialstücke, fertig beziehen wird.

Köln nimmt also unter den europäischen Fordniederlassungen eine bevorzugte Sonderstellung ein, die herabdes Zeugnis von dem Vertrauen ablegt, das der selten fehlbesetzende Henry Ford trotz der gegenwärtig katastrophalen Wirtschaftslage in den deutschen Markt legt. Die Stellung der Kölner Niederlassung unter den europäischen Fordfilialen wird auch dadurch noch besonders hervorgehoben, daß die Mächtigkeit einer Umstellung des Kölner Betriebes auf Produktion heute schon in den Grundplänen des Werkes berücksichtigt und durch großzügige Geländeerweiterungen vorbereitet worden ist.

Die Lage der deutschen Fordfilialen auf dem Kölner Industriegelände mit seinen idealen Siedlungs- und Bebauungsmöglichkeiten ist diesen heute noch fernem Plänen Fords ja auch überaus günstig, können doch Sedamper bis über 1500 Tonnen Tragfähigkeit direkt bis zum Industriegelände verkehren. Es wird also möglich sein, die von Detroit nach Köln zu verfrachtenden Maschinen und Konstruktionsteile auf Fords eigenen Dampfern ohne jede Zwischenver-

frachtung zu verschieben. Der überaus günstigen geometrischen Lage des Kölner Industriegeländes steht die geologische Beschaffenheit seines Bodens nicht nach.

Aus einem Gemirr von Kranen, Gerüsten, Stahlkonstruktionen und Baumaterialien schält sich schon heute die klare architektonische Gliederung des gewaltigen Bauwerks, dessen Grundfläche etwa 24 000 Quadratmeter beträgt. Die sich an den Ufern des Rheins hinziehende Ostfront des Baues hat eine Länge von 170 Meter. Hier liegt die zum Umschlag der ankommenden Transporte geeignete Kranhalle, eine Eisenbeton-Rahmenkonstruktion von etwa 14 Meter Höhe und 25 Meter Spannweite. An diese Halle nach Süden anschließend erhebt sich das Kesselhaus in einer Höhe von 24 Meter, mit dem die ganze Dreihe beherrschenden 70 Meter hohen Schornstein, der als vierstöckiger Turm ausgebaut wurde und den höchsten



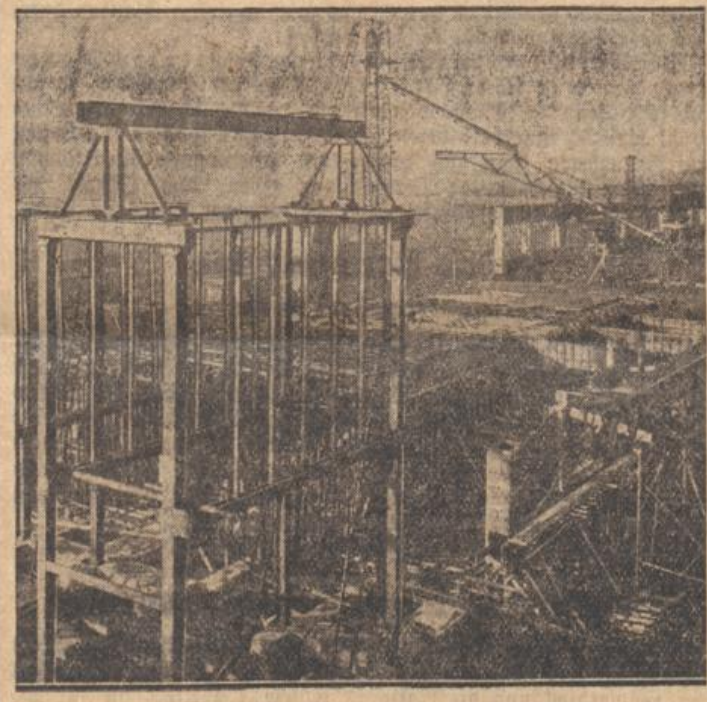
Einigen der Hallen einen guten Abfluß gibt. Die höchste Halle ist eine in Eisenkonstruktion ausgeführte Fabrikationshalle, in der mehrere Hundert Spezialmaschinen aufgestellt werden, mit deren Montage bereits begonnen wurde. Die Hallen sind durch feinerlei Wände von einander getrennt, so daß ein einziger großer Arbeitsraum geschaffen wurde, der jederzeit, von den Büroräumen zu überleben ist, die sich — nur durch Glaswände von den Fabrikationsräumen getrennt — in einer Länge von 110 Meter und einer Tiefe von 20 Meter als querliegenden Kopfbau unmittelbar an die Hallen anschließt.

Der ganze Gebäudekomplex ist in allen Einzelheiten so klar durchdacht, daß es möglich sein wird, die am Rhein gelegenen Rohstoffe am laufenden Band den Produktionsprozeß in den vier Hallen zu durchlaufen zu lassen, daß die fertigen Wagen die Tore der letzten Halle mit eigener Kraft verlassen können.

Die Fordwerke werden zunächst einen Stamm von ungefähr 3000 Arbeitern beschäftigen. Von Seiten der Arbeitnehmenden wird der Tag, an dem Ford in Köln zu produzieren beginnt, nicht weniger sehnlich erwartet als von den Stadtbewohnern, denn Ford hat versichert, daß er den Arbeitern seiner europäischen Werke amerikanische Löhne zahlen würde. Er hat darum das internationale Arbeitsamt in Genf damit beauftragt, die Normallöhne in den einzelnen Ländern zu berechnen. Das Arbeitsamt des Völkerbundes hat diese Berechnungen nunmehr abgeschlossen und unter Zugrundelegung eines mittlärlich gewählten Schlußes von 100 für Großbritannien folgende Werte feststellen lassen: USA, 197, England 100, Deutschland 77, Frankreich 55 und Italien 43.

Das würde also praktisch heißen, daß Henry Ford gewillt ist, seinen Kölner Arbeitern einen Lohn zu zahlen, der um ungefähr 150 Prozent höher liegt als der der deutschen Arbeiter der gleichen Branche.

Dabei soll auf den Fordwerken die fünfeinhalbstündige Normalarbeitswoche eingeführt werden bei einem Normalarbeitslohn von acht Stunden. Ein Fordarbeiter würde also in Köln, wenn der große money-maker Ford großzügig genug sein sollte, auf einen sicheren Mehrverdienst zu verzichten, einen Wochenlohn von 120 bis 130 M erhalten. Wenn also die Pläne, die vorläufig von der Wohnhaltung Fords verlauten, tatsächlich Wirklichkeit werden sollten, dann täme das was förmlichen Lohnrevolution gleich. Das allerdings ist es auch, was Ford nach den Ausführungen seines Mitarbeiters Mitchell beabsichtigt. Martin Den.



Folge dieser Bewegung war eine Reihe von Attentaten. 1889 explodierte eine Bombe im königlichen Schloß; im gleichen Jahr wurde ein Unternehmer in Barcelona ermordet. 1892 erfolgte der Bauernaufstand von Jerez und in den Jahren 1893 und 1896 erfolgten Bombenattentate in Valencia und Andalusien zahlreiche Menschenleben. Die sozialistische Partei und der Gewerkschaftsverband griffen zwar immer ein, konnten aber nichts ausrichten. Sie waren noch zu schwach.

Der Verband zählte ja im Jahre 1899 erst 15 000 Mitglieder, während er im Jahre 1930 schon 147 000 Mitglieder hatte. Auch die Zahl der angeschlossenen Sektionen stieg von 65 auf 351 und ist noch immer in ständigem Steigen begriffen.

Aber auch die republikanischen bürgerlichen Parteien sind stark organisiert. Hierfür nur ein Beispiel: Die Zahl der katholischen Arbeitervereine betrug im Jahre 1906 160 und im Jahre 1913 376.

Während Primo de Rivera Diktator konnten natürlich diese Verbände nur im Geheimen arbeiten, doch der Diktator konnte ihnen nichts antun. Heute aber sind sie die sicherste Stütze der neuen Ordnung.

Frankreichs Gegenoffensive

Die großen Pariser Informationsblätter melden übereinstimmend, daß die französische Regierung mit den Regierungen Englands, Italiens, Polens und der Staaten der kleinen Entente zur Ausarbeitung eines gemeinsamen Wirtschaftsreformplanes in Verhandlungen steht. Der Plan soll auf den bevorstehenden Tagungen der Europanunion und des Völkerbundesrates dem deutsch-österreichischen Zollbündnis entgegengesetzt werden. Die deutsche Regierung sei von den Verhandlungen in Kenntnis gesetzt worden.

Der Plan soll auf die Gewährung von Vorzugszöllen für die unter der Landwirtschaftsfrage leidenden ost- und mitteleuropäischen Staaten hinauslaufen. Das Echo des Paris beurteilt diesen Plan sehr skeptisch und glaubt nicht, daß er schon präzise Formen angenommen habe. Er ist nach der Ansicht dieses Blattes nur dazu bestimmt, soweit wie möglich den ungünstigen Eindruck zu verwischen, den das deutsch-österreichische Zollabkommen in Frankreich hervorgerufen hat.

Der Sinn der Gegenoffensive wider die deutsch-österreichische Zollunion ist einstweilen noch nicht völlig klar. Die Idee an sich ist keineswegs neu. Man hat sie in Genf und anderwärts schon wiederholt erörtert und sie spielte auch bei den einflussreichen abgebrochenen Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Rumänien eine Rolle. Aber fraglich ist nach wie vor, ob ein solches System zu Stande kommen kann und wenn ja, in welchem Verhältnis es zu einer tatsächlich verwirklichten Zollunion zwischen Deutschland und Oesterreich stehen soll. Es heißt, Berlin und Wien solle selbstverständlich das Recht zum Beitritt gegeben werden. Aber es wird vorläufig nicht abgesehen, ob Deutschland und Oesterreich sich nur gegen oder auch sozialistisch vereint anschließen dürfen, Bornmarken

muß man allerdings nach der ganzen Entstehungsgeschichte des Projekts, das der Verzicht auf die Union Voraussetzung des Beitritts sein soll.

Wir werden also nähere Erläuterungen abwarten haben. Aber immerhin kann man es mit Genugtuung begrüßen, daß dem Plan einer engeren wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit der europäischen Staaten wieder neues Leben eingehaucht worden ist, und niemand wird in Abrede zu stellen vermögen, daß der deutsch-österreichische Schritt auf jeden Fall den Anstoß zu dem französischen Vorhaben gegeben hat. Er würde also, vorausgesetzt, daß kein eine Zerstreitung Europas in zwei feindliche Lager vermieden werden könnte, abseits gesehen, unter allen Umständen verdienstvoll gewesen sein.

Sicher aber ist die Politik Briand's sachlicher und erfolgversprechender als diejenige, die der frühere französische Ministerpräsident und Außenminister Herriot empvies. Herriot, von dem doch mancher einer etwas mehr Bestand und ein etwas größeres Verständnis hätte erwarten können, hat sich in einen Zorn gegen Deutschland hineingeredet, der ihn für die Tatsachen und für die Möglichkeiten eines auf europäischer Basis zu schaffenden Ausgleichs zwischen den einander widerstrebenden Interessen vollständig blind macht. Eben erst wieder lebt er in der Ere Rouvelle, einem Organ der französischen Linken, auseinander, daß sich Frankreich vor jedem Gegenangriff hüten müsse, weil es sonst in dieselben Fehler verfallt, die man dem Berliner Kabinett zum Vorwurf mache. Es geht ihm nur darum, Deutschland ins Antre zu ziehen, und aus diesem Grunde verhartet er eigenhändig bei der Meinung, daß das Genfer Abkommen von 1922, durch das Oesterreich, um in den Genus der Völkerbundsmitgliedschaft zu kommen, gewisse Verpflichtungen übernommen hat, verletzt sei. Wir erwarten bestimmt, daß der Völkerbundrat zu einem anderen Ergebnis gelangt als zu dem, das der frühere französische Außenminister für unermesslich hält, und wir hoffen vor allem, daß auf beiden Seiten zuletzt Erwägungen der Wirtschaftlichen Schwierigkeiten finden werden.

Die katholische Kirche in Spanien für die neue Regierung

Barcelona, 20. April. Kardinal Vidal y Barraquer, Erzbischof von Tarragona, und der Bischof von Barcelona, Mgr. Turrisio, überbrachten Oberk Mache ihre Glückwünsche. Sie erklärten, die Kirche sei wie immer auf der Seite der einmal abgewählten Regierung. Sie seien bereit, derselben jede Unterstützung zu gewähren die ihnen ihre Mission erlaube.

Regierungsrücktritt in Bulgarien

Sofia, 20. April. (Sta. Draht.) Die bulgarische Regierung ist am Montag zurückgetreten. Ehe der König jemanden mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt, wird er mit den Parteienführern verhandeln.

Freistaat Baden

Der Kampf um die Fürsorge

Aus dem Rechtsflugschein des Landtags schreibt man uns: Durch den Antrag des Bauern- und Wirtschaftsparteilers Schmidt-Reuten auf Aufhebung der Bezirksfürsorgeverbände und Uebertragung der gehobenen Fürsorge an die Gemeinden, mit Ausnahme der Kriegsbeschädigten, ist der Kampf um die beste Organisation des Fürsorgewesens aufs neue entbrannt. Die Sozialdemokratie ist gegen den Schmidtschen Antrag und auch die Fürsorgeberechtigten erheben ihre Stimme dagegen. Der Rechtsflugschein hat am Donnerstag diese Frage auch nicht entschieden, sondern das Material der Regierung bzw. der Sparkommission überwiesen.

Aber der ausführliche Bericht unseres Gen. Graf hat doch gezeigt, welche Gefahren der Fürsorge drohen. Da heißt es also auf dem Posten sein. Mit Recht würdige Gen. Graf auch die früheren Einreden der Kriegsbeschädigten, wenn sie überhaupt auch von dem Antrag Schmidts-Breiten nicht betroffen werden; sie wollen sich nicht jedem beliebigen unsozialen Bürgermeister ausliefern.

Auf der anderen Seite hat sich der Verband bad. Gemeinden ebenfalls zu der Angelegenheit geäußert und einer Umorganisation der Bezirksfürsorgeverbände das Wort geredet. Es hängt damit zusammen der finanzielle Lastenausgleich der Länder mit dem Reich, die Steuerverteilung usw.

In jedem Falle ist der Frage um deswillen so große Aufmerksamkeit zu schenken, weil bei der heutigen Finanznot der Gemeinden das materielle Los der Fürsorgeberechtigten ein sehr hartes wäre. Man würde sie nur zu abweisen, ihnen erklären, die Gemeinde hat kein Geld usw.

Da ist ihr Schicksal bei den Bezirksfürsorgeverbänden immer noch besser aufgehoben. Das hat die Sozialdemokratie schon längst erkannt, deshalb ist sie immer Untrüben, wie denen des Abg. Schmidt-Reuten und anderer Parteien, mit aller Schärfe entgegengetreten.

Was die Sparkommission tun wird, kann heute nicht gelagt werden, aber an den Fürsorgeberechtigten und Kriegsbeschädigten ist es, ihr Interesse zu wahren und ihre Organisationen zu entsprechenden Protesten zu veranlassen.

Das Lebensschicksal der Fürsorgeempfänger ist ein beklemmendes, es darf unter keinen Umständen noch verzögert werden.

Mordprozeß Kürten

Düsseldorf, 20. April. Im Kürtenprozeß wurde heute mittag die Zeugenvernehmung fortgesetzt.

Der Untersuchungsrichter referierte ausführlich über die Geständnisse Kürtens. Einleitend ließ er sich über die Psychologie des Angeklagten aus, der mit größter Offenheit in der Hauptverhandlung ein bis in die Einzelheiten gehendes Geständnis abgelegt habe. Kürten habe ein höchst eigenartiges Doppelleben geführt. Von Interesse sei, daß er das urtümliche Geständnis seiner Verbrechen am 24. Juni, als er seiner Frau gegenübergestellt wurde, widerrief. Er wiederholte auch vor dem Untersuchungsrichter, daß er nicht der Mörder sei. Zwei Monate lang bestritt er alle Mord. Es scheint eine Zeit harten Ringens für Kürten gewesen zu sein, der eine weit über seine Bildung hinausgehende Intelligenz zeige. Im August kam es endlich zu einem neuen Geständnis. Säter wollte er das Geständnis einschränken. Die Frage der Verteidiger, ob auch ohne Geständnis eine Ueberführung Kürtens möglich gewesen wäre, wird damit beantwortet, daß der Beweis in einzelnen Punkten nicht restlos erbracht werden können. Im Verlauf sagt Kürten, er werde das Todesurteil entgegennehmen, ohne mit der Wimper zu zucken.

Frau Gundlach erklärt, daß Kürten ihre Tochter und auch sie selbst oft bedroht und geinästigt habe. Er war mit 16 Jahren schon so, wie er heute ist. Ein Arbeiter aus der Firma, wo Kürten während der Mordtaten angestellt war, sagt, daß Kürten ziemlich träge war und oft geistesabwesend zu sein schien.

Dann werden einige Zeugen über die mit der Anklage verbundenen Fälle behandelt. Dabei beantragt der Staatsanwalt den Ausschluss der Öffentlichkeit. Er erkennt die einmündige Verurteilung der Presse an und ist damit einverstanden, daß die Pressevertreter den Verhandlungen beiwohnen. Dementverwendend bezieht der Gerichtshof.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit wird als Sachverständiger Gerichtsarzt Prof. Dr. Berg-Düsseldorf vernommen. Er führt aus, daß im Charakter Kürtens eine Unklarheit vorhanden sei, die durch schwere erbliche Belastung entstanden sei. Die Beobachtungen hätten bestätigt, daß eine allgemeine Geistesstörung im Sinne des § 51 bei Kürten nicht vorhanden sei. Kürten habe ein fabelhaftes

Gedächtnis, doch müsse er dem Angeklagten einen Affektzustand einräumen.

Der 71jährige Vater des Kürten wird nunmehr auf Wunsch Kürtens in dessen Abwesenheit vernommen. Er sagt, daß er Kürten nur geächtet habe, wenn er es verdiente. Er wisse von Straßenräubereien, aber nichts von der Ermordung der Spielfameraden.

Nach einstündiger Mittagspause wurde eine ganze Reihe weiterer Zeuginnen vernommen, die von Kürten überfallen und zum Teil auch mißhandelt worden sind, deren Fälle indessen nicht zur Anklage stehen. Es ergibt sich stets das gleiche Bild; Kürten hat versucht, die Mädchen in abgelegene Orte zu locken und sie dann zu überfallen. Von besonderem Interesse ist die ausführliche Aussage der Zeugin Marie Budies, die die Polizei auf die Spur Kürtens gebracht hat. Die Zeugin hätte sich, wie sie befandet, mit einer Freundin verabredet, bei ihr zu nächtigen, sei aber von der Freundin im Stich gelassen worden. Sie hätte dann Kürten getroffen, der ihr seine Wohnung angeboten hätte. Sie sei auch mit ihm gegangen, als er dann aber abdringlicher geworden sei, hätte sie gedroht, um Hilfe zu rufen. Dann hat sie mit Kürten das Haus verlassen, um in einem Mädchenheim zu schlafen. Kürten hätte sie begleitet, sie aber statt nach dem Heim in den Grafenberg Wald geführt, wo er sich an ihr zu verächen gesucht hätte, worauf er verschwunden sei. Der Vorstehende unterbricht die Ausführungen der Zeugin und streift den weiteren Verlauf der Dinge bis zur Verhaftung Kürtens. Die Zeugin erklärt zwar, daß sie noch viel auszusagen habe, doch läßt der Vorstehende weitere Ausführungen nicht mehr zu. Sodann werden drei Zeugen über die Brandstiftung in Hübbselratshaus vernommen, wobei sich die Richtigkeit der Kürtenschen Angaben bestätigt. Ebenso gibt Kürten auf eine Frage des Staatsanwaltes zu, im November 1929 im Hofgarten einem Schwan den Hals durchschnitten zu haben. Nachdem auf die Verlesung der Aussagen weiterer protokolllarisch vernommener Zeugen aus Bries-Neustrelitz usw. verzichtet worden ist, wird die Verhandlung um halb 4 Uhr nachmittags geschlossen.

Morgen vormittag 9 Uhr werden die Sachverständigen gehört werden.

Bahnlinienausbau in Württemberg

Der württembergische Staat hat außer einer schon vor einigen Jahren gemeldeten Anleihe von 25 Millionen Schweizer Franken noch eine zweite Anleihe im Betrage von 6 Millionen Franken zur Finanzierung des zweigleisigen Ausbaus der Durchgangsbahnlinie Oberbrunnen-Zimmerningen aufgenommen. Der Gesamtbetrag der Schweizer Anleihen ist also 31 Millionen Franken, die Effektivbelastung beträgt durchschnittlich 7,4 Prozent.

Gewerkschaftliches

Schwerer Arbeitskonflikt in Dänemark

Seit Wochen hängt über Dänemark wie eine drohende Gewitterwolke die Gefahr einer Kleinstausperrung. Kommt es zu dieser Ausperrung, dann wäre das gleichbedeutend mit einer Stilllegung der gesamten dänischen Industrie. Es ist klar, daß angesichts einer solchen Perspektive kein Versuch unternommen wird, wenn irgendmöglich, eine Katastrophe zu vermeiden. Der staatliche Schlichter hat die Gewerkschaften ersucht, noch einmal die Lage zu überprüfen. Daraufhin nahm eine Generalversammlung der Vereinigten Gewerkschaften zur Situation Stellung. Sie beschloß mit überwältigender Mehrheit, d. h. mit 191 395 Stimmen gegen 46 554, die Verbände, die zunächst den Vergleichsvorschlag des Schlichters verworfen hatten, aufzufordern, noch einmal eine Abstimmung vorzunehmen. Mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Gesamtlage sprach sich die Generalversammlung für eine Annahme des Schlichtervorschlags aus.

Wie das Endergebnis der Abstimmung ausfallen wird, ist im Augenblick schwer zu erraten. Immerhin beurteilt man nunmehr die Aussichten für eine friedliche Lösung des Konflikts optimistischer, da die Leitung des größten der interessierten Verbände, nämlich des Dänischen Schmiede- und Maschinenarbeiterverbandes, mit viel Energie und guten Gründen den Vorschlag des Schlichters zur Annahme empfiehlt.

Wie steht der Schlichtungsvorschlag aus? Er bedeutet keineswegs eine Erfüllung der Wünsche der Arbeitgeber, die eine Kürzung der Löhne um 10 bis 20 Prozent gefordert hatten. Er schlägt vielmehr vor, daß die höchsten Löhne für die gelernten Metallarbeiter um 8 Prozent gesenkt werden, während andererseits eine Woche Ferien pro Jahr mit Löhnung entsprechend den Fortsetzungen der Arbeiter eingeführt werden soll. Für die niedrigeren Lohnklassen sind Kürzungen von 2 bis 6 Prozent vorgelesen; die niedrigsten Löhne sollen keine Kürzung erfahren, dagegen sollen für alle Arbeiter Sommerferien zur Einführung kommen.

Wenn die Gewerkschaftsführer in Berücksichtigung aller in dem großen Tarifkonflikt missprechenden Umstände zu der Auffassung kamen, daß der Schlichterspruch zur Annahme empfohlen werden könne, dann nicht zuletzt unter dem Druck der Tatsache, daß das Preisniveau in Dänemark, seitdem die letzten Tarifverträge abgeschlossen wurden, in der Tat um 8 Prozent gefallen ist, und daß bedeutende Lohnkürzungen gerade in den europäischen Industrieländern durchgeführt worden sind, wo die Arbeitslöhne schon vorher niedriger lagen als in Dänemark. So lagen nach der Arbeitslosenstatistik des Internationalen Arbeitsamtes die dänischen Löhne im Juli 1930 in der Eisenindustrie erheblich höher als in Schweden und in Deutschland. In Reichsmark umgerechnet betrug der durchschnittliche Stundenlohn im Juli 1930 nach der erwähnten Statistik für Kleinschmiede und Dreher in der Eisenindustrie 1,88 Mark in Dänemark, 1,72 in Schweden und 1,29 in Deutschland; für Formner 2,14 in Dänemark, 1,95 in Schweden und 1,29 in Deutschland; für ungelernete Arbeiter der Metallindustrie 1,48 in Dänemark, 1,43 in Schweden und 0,84 in Deutschland.

Kunst und Wissen

Postwertzeichen-Ausstellung Stuttgart 1931. Die Postwertzeichen-Ausstellung Stuttgart 1931 verpricht ein ganz besonderes Ereignis zu werden. Wie bereits mitgeteilt wurde, stellt der Württ. Staat Teile der dem Publikum sonst nicht zugänglichen Sammlung der früheren Württ. Postverwaltung aus. Eine Reihe bedeutender Spezialisierter Württemberg-Postwertzeichen- und Abstemplungsammlungen schließen sich an. Außerdem sind eine Anzahl Spezialammlungen angemeldet von: Finnland, Ost-Österreich, Ungarn, Kap der guten Hoffnung, Mauritius, Ver. Staaten von Nordamerika und andere. Ebenso vertreten sind die neuesten Sammelgebiete wie: Katakulflugpost des Dampfers Bremen, Zepplin-Post-Sammlungen. Schließlich liegt eine reichhaltige Stempelmarkensammlung Europäischer und Ueberseestaaten auf. Die Ausstellung füllt 8 Hallen des städt. Ausstellungsgeländes auf dem Interimstheaterplatz. Von jeder Sammlung sind die wertvollsten Schätze ausgestellt. Diese werden Zeugnisse abgelegt von der Pflanzfertigkeit und Gründlichkeit, mit der die einzelnen Sammler ihre Arbeit getan haben. Für den Besuch durch die Jugend sind zwei besondere Tage vorgesehen, damit sie sich und lernen, wie man sammeln soll und welche Werte schaffen kann.

Groß in der Schauburg und in den Palast-Lichtspielen



Zu unserem satirischen Bericht über die Aufführung des Groß-Filmes sei ergänzend mitgeteilt, daß der Film nicht nur in den Palast-Lichtspielen in der Herrenstraße, sondern auch in der Schauburg in der Marienstraße läuft.

Hitlers Geburtstag

In Goebbels Angriff wird zu einer Hitler-Geburtsstagsfeier eingeladen.

Das war des deutschen Mannes Glück, mit gleichgesinnten Hurraßfreiern des Kaisers Namenstag zu feiern. Drauf denkt er oft und gern zurück.

Jetzt winkt nun endlich ein Ersatz; kann er sich nicht bei Wilhelm duden, ist bei den Nazimammelnuden Doch für den Boyantiner Platz.

Es kommt sein Herz und glänzt sein Bild, Er krümmt den Rücken bis zum Boden: Hier kann er einen Stiesel jeden bei Bier und Militärmusik.

Es naht die deutsche Mannesier, um sich bei Adolf anzuschmieren. Was uns betrifft: Wir gratulieren zu deinem Gratulanten dir!

Hans Bauer

Millionenverschwendung

Das Berliner Tageblatt meldet: „Auch die Hamburger Nationalsozialisten haben jetzt eine feudale Villa als Parteibüro besessen, eine Art braunes Haus Nr. 3. In palastartigen Ausführungen berichtet das nationalsozialistische Blatt Hamburgs über die gewaltigen Zimmerfluchten, die sich aneinanderreihen und das selbst das kleinste Zimmer ein kleiner Saal sei.“

Wie sagen doch die Nazis sonst zu solchen Dingen: „Millionenverschwendung“. Wenn die großprohig gewordenen Nazibonzen solchen Luxus inmitten fürchterlichen Elendes treiben, hört man allerdings in der Nazipresse nichts davon.

Drei Schönheitsfehler des Mundes

1. Der Zahnstein

ist ein Wafel des Speichels ähnlich wie der Kalkstein des Wassers. Er hat eine graugrüne, braune bis schwarze Färbung und ist zunächst ein Schönheitsfehler, der den Zähnen ein häßliches ungepflegtes Aussehen gibt und einen üblen, fauligen Geruch aus dem Munde verursacht. Er aber auch ein höchst gefährlicher Feind des Gefäßes, weil er Zahnhals- und Nierenschwund sowie Zahnhalsentzündungen und -eiterungen verursacht. Er ist äußerst festhaftend und hart; oft umschließt er in harter Kruste den ganzen Zahnhals, entblößt die Wurzel und verursacht ein Zerbrechen der Zähne.

2. Mißfarbener Zahnbelag

hervorgehoben durch starkes Rauchen von Zigaretten und Zigaretten ist weniger schädlich, aber ein um so auffallenderer Schönheitsfehler des Gefäßes. Wie entfernt man Zahnstein und Zahnbelag? Weder mit Mundwasser noch mit sogenannten Lösungsmitteln; in dieser Beziehung ähneln der Zahnstein aus dem Kalkstein, gegen den allerlei Lösungsmittel sich als wirkungslos erwiesen haben und die rein mechanische Befreiung sich am besten bewährt. Millionen, die heute Chlorodont täglich im Gebrauch haben und ihre schönen weißen Zähne dieser Zahnpflege verdanken, haben es selbst ausprobiert, daß Mundwasser die mechanische Reinigungskraft der mitropflich feinen reinen Kreide im Chlorodont nicht ersetzen kann.

3. Ubler Mundgeruch

als Folge mangelhafter Zahnpflege macht sich weniger dem davon Betroffenen als seiner näheren Umgebung bemerkbar. Neutrale Salze im Chlorodont, die eine vermehrte Speichelbildung und dadurch eine natürliche Mundreinigung bewirken, in Verbindung mit dem herlich erfrischenden Pfefferminzgeschmack befeuchten diesen markanten Schönheitsfehler heiligt. Chlorodont-Zahnpaste und die dafür geeignete Chlorodont-Zahnbürste mit geschultem Vorkantenschmitt, sind die besten Hilfsmittel gegen den gefährlichsten Zahnstein, mißfarbenen Zahnbelag und den oft damit verbundenen üblen Mundgeruch.

Chlorodont-Zahnpaste Tube 54 Pf. und 90 Pf. Chlorodont-Zahnbürsten 1 Mark, für Kinder 60 Pf. Chlorodont-Mundwasser Flasche 1 Mark und 2 Mark.

Aus aller Welt

Der Durque-Kanal gebohrt

Der Seine und Marne verbindende Durque-Kanal ist in einer Länge von 150 Metern gebohrt. Mehrere Ortshäfen stehen unter Wasser.

Neuer Schnellfahrereford eines Dampfers über den Stillen Ozean

Der Dampfer „Empire of Japan“ der Canadian Pacific Co. hat für die Fahrt von Yokohama über den Stillen Ozean nach Victoria auf dem Stillen Ozean einen neuen Schnellfahrereford aufgestellt. Der Dampfer benötigt für die 4800 Meilen lange Strecke sieben Tage und 20 Stunden bei einer mittleren Stundenleistung von 22,7 Knoten und schlug damit seinen eigenen früheren Rekord um sieben Stunden.

Leichter Erdstöß im Staate Neuyork

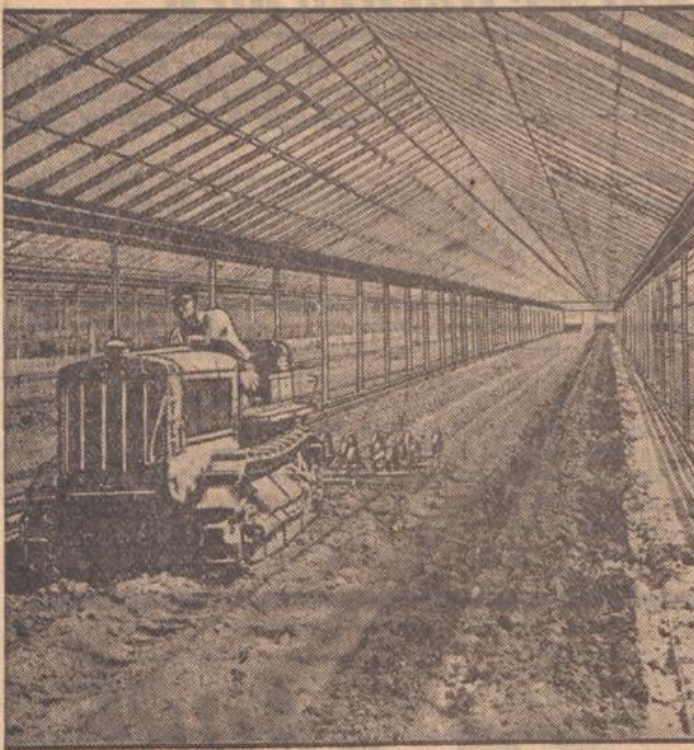
Albano (Newark), 20. April. Ein leichter Erdstöß, der jedoch nur von kurzer Dauer war, wurde um 2.55 Uhr nachmittags hier und in einer Anzahl benachbarter Städte verspürt. Es wurde jedoch kein Schaden angedeutet.

Schweres Eisenbahnunglück in Südchina

Kanton, 20. April. Ein schweres Eisenbahnunglück hat sich heute auf der Straße Kanton-Kaulun ereignet. Die Zahl der Todesopfer beträgt ungefähr 30, außerdem sind 20 Personen schwer und etwa 30 leicht verletzt. Anhaltende Regenfälle hatten den Bahndamm unterhöhlt, so daß die Lokomotive und drei Wagen in einen 10 Meter tiefen Abgrund hinabstürzten. Alle Reisende des verunglückten Zuges waren Chinesen.

Eidgenössisches Sängerefest in Basel

Basel, 20. April. Die in Ditten tagende Delegiertenversammlung des Eidgenössischen Sängerevereins beschloß mit 194 Stimmen, das nächste Eidgenössische Sängerefest in Basel abzuhalten. Für Bern wurden 117 Stimmen abgegeben.



Traktor arbeitet im Glasdach

Diese Reifensart unter Glasdach in Toledo (Ohio USA.) kann nur mit Traktoren bearbeitet werden, da kein Zugtier die abführende Erde unter dem Glasdach ausführt.

Soziale Rundschau

Entstehung des Arbeiter-Abstinenzbundes zur Alkoholkrankenfürsorge

Der Ostern 1931 in Berlin tagende Bundestag des Deutschen Arbeiter-Abstinenzbundes richtete die Ausschussarbeit der sozialistischen Arbeiterjugend auf die bisher völlig unzulängliche Fürsorge für alkoholkrante Proletarier. In der letzten Zeit sind unter dem Schlagwort „Spornmaßnahmen“ die an sich recht dürftigen Leistungen der Gemeinden um hier und dort noch abgebaut worden — zum Schaden der Kranken, ihrer Familien und schließlich der Gemeinschaft, die dann für Irren- und Siechenhäuser, Gefängnisse und Erziehungsanstalten weit mehr Aufwendungen machen muß, als eine planmäßige Alkoholkrankenfürsorge gekostet hätte.

Der Bundestag bittet die Vertreter der sozialistischen Arbeiterjugend in den Parlamenten, Behörden, Gemeindevorständen und Krankenkassen, für folgende Forderungen mit größter Entschiedenheit einzutreten:

1. Einstellung ausreichender Mittel in den Haushaltsplan der Trägerorganisationen, Gemeinden und Staaten;
2. Schaffung kommunaler Fürsorgeeinrichtungen, die mit einem Facharzt und hauptamtlichen Fürsorgern ausgestattet sind;
3. gründliche Schulung der freiwilligen Helfer, die in der Fürsorge mitarbeiten;
4. Einrichtung eigener Heilstätten auf weltanschaulicher und auf neutraler Grundlage;
5. Trennung von nicht geisteskranken Alkoholkranken von den Irren in den geschlossenen Anstalten;
6. Gründung von Bewahrsheimen für unheilbare Alkoholiker;
7. Schaffung alkoholfreier Gaststätten und Sozialsäle.

Aus der Stadt Durlach

Frauennot - Kindernot - § 218

600 bis 800 Personen füllten am letzten Freitagabend den großen Saal der Festhalle. Darunter überwiegend Frauen und Mädchen, wo Reichstagsabg. Dr. Moles-Berlin über obiges Thema in beinahe zweistündiger, tiefgründiger und vom Geiste tiefer innerer Verbundenheit mit der Sache zeugenden Ausführungen sprach. Gen. Dr. Moles ist ein wackerer, hinreißender Redner, der mit den ersten Sätzen die hundert Zuhörerinnen und Zuhörer in seinen Bann zog. Ausgehend von dem Problem der Bevölkerungsbewahrung und -vermehrung wies er nach, daß dieser Fragenkomplex in der Vorkriegszeit fast ausschließlich nach militärischen und religiösen Gesichtspunkten betrachtet und behandelt worden sei, aber nie nach sozialen. Daß man es als selbstverständlich betrachtet habe, wenn die bestehenden Klassen ihren Kinderreichtum beibehielten und als ebenso selbstverständlich, daß die arbeitenden Klassen die „Mißer“ hätten, für die Bevölkerungserhaltung Sorge zu tragen. Und als in den letzten Jahren vor dem Krieg durch die Statistik offenkundig wurde, daß ein erheblicher Geburtenrückgang eingetreten sei, als es sich herausstellte, daß der fortgeschrittenere Teil der Arbeiterschaft in Bezug auf Kindererzeugung anfangs, dieselben „Methode“ anzuwenden, wie die Besitzenden, da suchten Religionsgemeinschaften, Wissenschaftler und Volkswirtschaftsbegeisterte in trautem Verein den breiten Massen mit mehr oder weniger Geduld und Eifer klar zu machen, welche „schrecklichen“ Folgen eine solche Zeugungsentsatzlosigkeit insbesondere auf „jüdischen“ und

moralischem Gebiete nach sich ziehen müsse, aber meistens ohne die tieferliegenden Ursachen dieser Erscheinung auch nur zu berühren. Der Redner wies an erschütternden Beispielen nach, wie, besonders in der Nachkriegszeit, Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit weit mehr für die Ursachen der Geburtenbeschränkung geworden seien als alles andere. Die schon während des Krieges und besonders nach dem Kriege einsetzende erhöhte Mutter- und Säuglingsmortalität, Kindererholungsstörungen, bessere Gesundheitsfürsorge überhaupt, habe in überwiegender Weise gewirkt, wie selbst die Sozialdemokratie, die seit Jahrzehnten solche Maßnahmen fordere, nicht erwartet hätte. Der trotz Wohnungs- und Arbeitslosigkeit sehr hohe Rückgang der Sterblichkeitsquoten über und über die Kindersterblichkeit im besondern habe gegenüber dem Geburtenrückgang einen gewissen Ausgleich geschaffen. Bedauerlich sei nur, daß das Gros der Ärzte, der Fachleute, welche hier eigentlich ein entscheidendes Wort mitzusprechen sollte, namentlich soweit es sich um die Auswirkung der sozialen Ursachen auf all diesen Gebieten handle, sich aus lauter Standeshemmlichkeit völlig passiv verhalte, oder aber direkt reaktionär eingestellt sei. So sei z. B. den Mitgliedern des Strafrechtsausschusses des Reichstags vor kurzem aus Karlsruhe eine Broschüre zugeleitet worden, deren Verfasser der Stadtobstmedizinalrat Dr. Paul sei, und in der u. a. auch die Behauptung aufgestellt sei, daß die Frauen, soweit sie von der Fürsorge betreut würden, zur frühzeitigen Kindererzeugung geneigt würden und die eigene Sorge für die Neugeborenen im Hinblick auf die offizielle Fürsorge vielfach vernachlässigten würden. Und man stelle sich vor, daß ein Mann, der derartige Auffassungen vertritt, „beamteter“ Arzt sei.

Zum Kampfe gegen den § 218 übergehend stellt Redner zunächst in den Vordergrund den Satz, daß sich dieser Paragraph praktisch als ein Ausnahmefestgesetz gegen die proletarischen Frauen auswirke, die Fortkommnisse in Stuttgart würden dies aufs neue beweisen. Die Frauen der bestehenden Klassen würden wohl immer Ärzte finden, die sie von einer unerwünschten Schwangerschaft befreiten, die proletarischen Frauen, deren durch Überarbeitung geschwächter Körper, vielfach Unterernährung und als Folge gesteigerte Reizbarkeit für die Beseitigung von Empfängnisfolgen nach unerer Auffassung viel triftigere Gründe sprächen, finden solche Ärzte meistens nicht, sie würden dadurch vielfach Leiden und Prüfungen in die Hände getrieben, 3000 bis 4000 Frauen fürchten in Deutschland jährlich infolge solcher unachtmännlichen Eingriffe. Andererseits, wenn je Frauen der bestehenden Klasse mit dem § 218 in Konflikt kämen, fänden sie schon die nötige juristische Beratung und Hilfe, bei den proletarischen Frauen verbiete sich dies in den meisten Fällen von selbst mangels der nötigen Gelder.

Wie stehe die Partei nun zu diesem Paragraphen? Sie lehne die Abschaffung ab. Aber sie verlange, daß in dem neu zu schaffenden Strafbuch die Abtreibung unter folgenden Gesichtspunkten straflos bleiben solle. Es dürfe die Schwangerschaftsunterbrechung, und zwar durch einen approbierten Arzt und nur in den ersten drei Monaten der Schwangerschaft erfolgen, wenn Leben und Gesundheit der Mutter gefährdet erscheint oder die Geburt eines kranken oder minderwertigen Kindes zu erwarten ist, oder um einem schweren wirtschaftlichen Notstand für das zu erwartende oder schon vorhandene Kind vorzubeugen und endlich in allen Fällen, in welchen die Schwängerung nachgewiesenermaßen durch Schändung, Mißhandlung oder Nötigung eintritt. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion habe Anträge in diesem Sinne zur Strafrechtsreform eingebracht. Ein gewisser moralischer Erfolg sei auch schon vor einigen Jahren insofern erzielt worden, als durch eine Konzele zum geltenden Strafbuch das Strafmaß gemildert worden sei. Darüber hinaus verlange aber die Partei weitgehende sachgemäße Aufklärung der breiten Volksschichten über den präventiven (empfangnisverhütenden) Gesichtspunkt durch Ausbau von Ehe- und Sexualberatungsstellen und eine vernünftige Geburtenregulierung. Gemäß sei gegen diese Anträge ein Sturm von Eingaben und Vorstellungen aus allen möglichen bürgerlichen und namentlich konfessionell gerichteten Organisationen an den Strafrechtsausschuss des Reichstags gelangt, aber die Gesichtspunkte, unter denen sie erfolgen, seien meistens Ausdruck eines Klassenstandpunktes. Den Vogel habe wohl eine konfessionelle Frauenorganisation abgeschossen, als sie Schutz des „gottgewollten“ Lebens des ungeborenen Kindes verlangt habe. Ironisch warf Redner die Frage auf, ob das Verbot von mehr als 2 Millionen junger, zeugungsfähiger deutscher Männer auf den Schlachtfeldern des Weltkrieges auch „gottgewollt“ gewesen sei? Für uns sei viel wichtiger der Schutz des geborenen Kindes und seiner Mutter durch Ausbau der Sozialgesetzgebung, und hier stehen alle die genannten Organisationen häuflig Verständnis und Wille zur Mitwirkung sehr vermissen. Mit einem klammernden Inneblick auf die Frauen, unter Hinweis auf die Frauenbewegung, sich in unsere Reihen einzuklinkern und mit uns gemeinsam zu kämpfen für Vermittlung unserer Forderungen und Besatz, schloß Gen. Dr. Moles seine rhetorisch und sachlich vorzüglichen Ausführungen, welche stürmischen Beifall auslösten. Nachdem eine Aussprache nicht gemindert wurde, fand nachstehende Entschließung einstimmige Annahme:

Die am 17. April in der Festhalle in Durlach tagende, von mehr als 600 Personen besuchte Versammlung fordert vom Reichstag eine völlige Umgestaltung der §§ 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000.

Am kommenden Dienstag spricht in der Festhalle Genosse Barrer Eder-Mannheim Partei- und Gewerkschaftsangelegenheiten, Arbeiterportier, sowie die ganze Bevölkerung Durlachs, halbet auch den Abend frei!

Aus dem Gerichtssaal

Die Drei von der Tankstelle

Ein heiterer Fall vor dem Einzelrichter

Der 51 Jahre alte Räder Karl liebt schon seit etwa 12 Jahren die 45 Jahre alte Näherin Hilde und sie wären sicher schon längst verheiratet, wenn nicht immer etwas anderes dazwischen gekommen wäre. Karl, der vermitwelt ist, hat vier Töchter zu Hause. Nun kam es zwischen den vier heiratsfähigen Töchtern und der künftigen Stiefmutter zu einem Weibschänderei-Vertrab, der in Handgreiflichkeiten ausartete, da die Braut für die Braut eine obfakke Kritik fand. Das hatte zur Folge, daß der Bräutigam noch zuwarten wollte mit seiner Verheiratung, bis seine lärmlichen Töchter unter der Haube wären. In Eifersüchteleien amüßten den beiden Eheleuten fehlte es auch nicht, nicht minder an Meinungsverschiedenheiten.

Am Abend des 8. Februar hatte er wie üblich seine Braut herangezogen. Bei dem gemeinsamen Speisegang — er war schon etwas angegrünelt — gab es wiederum Auseinandersetzungen. Sie wollte sich keine Vorkaltungen nicht gefallen lassen und ließ — es war bei der Tankstelle Ede Weststraße und Kaiserallee — davon, der Bräutigam erhob den Speisegang, sprang ihr nach und verpackte sie mit dem Stief einzuhaufen. Dabei rief er: „Halte sie, sie hat gefaselt.“ Dieses Unterwies fand eine Reihe Gäste, die aus einer Wirtschaft herankamen, sehr unterhaltend und ließen stehen. Der Dritte von der Tankstelle war ein Schumann, den die flüchtige Braut um Hilfe bat. Dieser nahm den Bräutigam mit zur Wache, um seine Personalien festzustellen. Ergebnis: ein Strafschloß über 6 M wegen großen Unfugs. Damit war der Bräutigam nicht einverstanden.

So kam es, daß die Drei von der Tankstelle vor dem Richter aufmüßigten. Der Bräutigam als Angeklagter, die Braut und der Schumann als Zeugen. Der Angeklagte stellt in der Rede, seine Braut mit dem Stief geschlagen zu haben. Er habe sie nur mit dem Stief „einhaufen“ wollen. Er ist jetzt nicht mehr sehr gut auf sie zu sprechen. Sie sei ihm nicht treu gewesen und habe ihn die Wache hindurch an der Nase herumgeführt. Es gäbe nicht nur Heiratsgeschwinder, sondern auch Heiratsgewindlerinnen! Ihr habe er so viele Jahre geopfert und jetzt seien seine Heiratsausichten nur noch ganz minimal. Der Richter tröstet ihn: „Die Männer können immer noch heiraten bis ins höchste Alter.“ Es gäbe ja Frauen genug; und Frauen wollen immer heiraten.“ Nach den Angaben der Braut hat sie sich in großer Angst vor ihrem Bräutigam befunden. Deshalb ist sie davon gelaufen. Der Volksbezwinger gibt an, daß der Zwischenfall einen kleinen Aufschuß hervorrief; die Zuschauer hätten die Sache jedoch von der humoristischen Seite betrachtet.

Der Richter kommt zu dem Schluß, daß das Verhalten des Bräutigams nicht derart war, daß eine Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung zu befürchten gewesen wäre. Daher erfolgte Freisprechung. Er entließ den Angeklagten mit dem wohlgemeinten Rat, seine Braut künftig in Ruhe zu lassen.

Der nüchterne Zeuge

Wegen Unterschlagung waren der Kaufmann Eugen E. und das Ehepaar Wilhelm E. von hier mit Strafbefehlen belegt worden, wogegen sie Einspruch erhoben. Die Verhandlung vor dem Einzelrichter ergab, daß ein Blumenverkäufer, dessen Durlach ihm an der Kassenpiste abzuweilen ist, am Büfett einer Wirtschaft einen Strauß Nelken im Werte von 3 M, welchen er auf dem Markt gekauft hatte, zur Aufbewahrung übergeben hatte. Als er abends seine Nelken wieder abholen wollte, stieren die die Nelken auf den einliegenden Tisch. Und niemand wollte etwas davon wissen, wie dies kam. Der Blumenverkäufer wurde als einziger Zeuge vernommen. Er ist offenbar nicht mehr ganz nüchtern und schwerhörig. Der Richter ermahnt ihn, ihm laut ins Ohr zu sprechen, die Wahrheit zu sagen. Er fragt ihn, ob er noch nüchtern wäre. Der Zeuge beläßt es. Richter: „Was haben Sie denn heute morgen schon getrunken?“ Zeuge: „Schwarzen Kaffee!“ Richter: „Mit Schnaps?“ Zeuge (erfreut): „Jawohl!“ Bei Feststellung der Personalien fragt der Richter: „Geschieden?“ Zeuge: „Glücklich geschieden!“ Dann schließt er den Bericht. Nach seiner Vernehmung will er sich auf die Zeugenbank setzen. Der Richter verständigte sich mit dem Amtsanwalt. Er kam zu dem Ergebnis, daß das Verfahren wegen Bedeutungslosigkeit einzustellen sei.

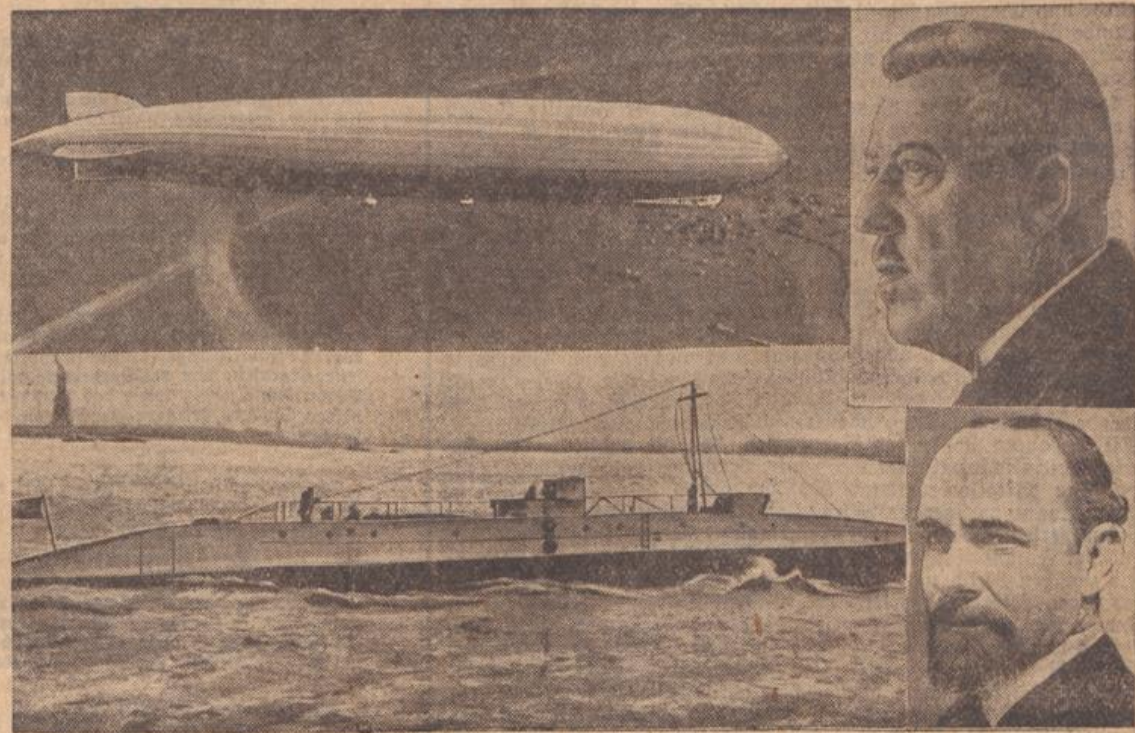
Aus Fahrlässigkeit die Geliebte erschossen

Mannheim, 18. April. Das erweiterte Schöffengericht Mannheim beurteilte den 23 Jahre alten ledigen Spenaler Anton Krehler wegen fahrlässiger Tötung zu 9 Monaten Gefängnis. Krehler hatte in der Nacht zum 27. Januar ds. Js. seine Geliebte durch einen Verstoß getötet. Die beiden jungen Menschen, die noch außerordentlich unreif waren, unterhielten ein Liebesverhältnis, das von den Eltern nicht gebilligt wurde. Fortwährend hatten sie Eifersüchteleien miteinander, eines machte dem andern Angst mit Selbstmord, wenn der andere Teil von ihm lässe. Bei einer Auseinandersetzung hat dann Krehler im Egers den Revolver gezogen, wobei der unglückliche Schuß fiel.

Zusammentreffen zwischen „Graf Zeppelin“ und „Nautilus“ am Nordpol geplant

Oben: „Graf Zeppelin“ und sein Führer Dr. Hugo Eckener. Unten: „Nautilus“ und sein Führer Sir Hubert Wilkins.

Wie aus Amerika gemeldet wird, soll Dr. Eckener mit Wilkins, dem Führer des Nordpol-U-Boots „Nautilus“ verabredet haben, daß der „Graf Zeppelin“ zur selben Zeit wie der „Nautilus“ an einer Nordpolfahrt starten werde. Man hofft, daß die beiden Fahrten am Pol zusammentreffen werden.





Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

21. April

1488 Ulrich v. Hutten. — 1828 Franz Philipp Doppelste Laine. — 1848 Strube in Säckingen verhaftet. — 1888 Sozialdemokraten aus der Schweiz ausgewiesen. — 1898 Beginn des spanisch-amerikanischen Krieges. — 1910 Amerikanischer Humorist Mark Twain. — 1919 Erste Konferenz sozialdemokratischer Lehrer.

Der Voranschlag des Kreises Karlsruhe

Die Kreisversammlung des Kreises Karlsruhe ist auf Montag, den 27. April 1931, vormittags 8.15 Uhr in den Bürgeraal des Rathauses in Karlsruhe zur Beratung des Kreisvoranschlags 1931/32 einberufen. Derselbe sieht vor an Ausgaben 2 326 375 M., denen an Einnahmen 943 520 M. gegenüberstehen. Zur Bekämpfung des ungedeckten Kreisverbrauchs mit 1 382 855 M. ist die Erhebung folgender Kreissteuer von je 100 M. Steuerwert erforderlich: Vom Grundvermögen 8,4 Pfg., vom Betriebsvermögen 3,4 Pfg. und vom Gewerbeertrag 63 Pfg.; nach den Vorschriften des Realsteuererfassungsgesetzes und der badischen Vollzugsordnung hierzu ist der Steuerjahrs vom Gewerbeertrag auf 57 Pfg. zu senken. Unter den Ausgaben sind u. a. enthalten für Unterhaltung von Kreisstraßen 450 300 M., für Kreiswege 887 670 M., Landarmenfürsorge 200 000 M., Wandererfürsorge 93 700 M., Gesundheitsfürsorge 168 500 M., Förderung der Landwirtschaft 97 800 M., Unterhaltung der Bad. Lokaleisenbahnen L.G. 126 000 M. Der Zinsendienst erfordert 110 000 M. Unter den Einnahmen betragen u. a. die Beiträge der Gemeinden zur Unterhaltung der Kreisstraßen und Kreiswege 571 640 M., der Staatsbeitrag zum Kreisvermögen 98 480 M. und die Beteiligung des Kreises an der Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer 180 000 M.

In Fürsorge des Kreises stehen insgesamt 154 195 m Gemeindegeme als Kreiswege. Die Zahl der verpflegten Wanderer in den sechs Wandererfürsorgeeinrichtungen des Kreises ist von 47 013 im Jahre 1929 auf 69 179 im Jahr 1930 gestiegen. Das Kindererholungsheim Steinabach bei Bonndorf i. Schw., welches sich im Kreiseigentum befindet, war im Jahre 1930 von 699 Kindern mit gutem Kurverlauf besucht. In der Kreispflegeanstalt Hub befinden sich 800 Pflanzlinge. Der Anhaltsvoranschlag schließt in den Einnahmen und Ausgaben mit 797 120 M. ab.

Die diesjährige Maifeier

Am Montagabend fand im Volkshaus eine Vertreterversammlung des Ortsausschusses des DGB, Karlsruhe-Durlach-Eitlingen statt, die zur diesjährigen Maifeier Stellung nahm. Der Vorsitzende, Koll. Schulenburg, betonte in seinen Ausführungen hierzu, daß nach Beschluß des Vorstandes die diesjährige Maifeier wieder durch Arbeitsruhe und einen Demonstrationsszug begangen werden soll. Die Bedenken, die gegen einen Demonstrationsszug bestanden, sind zerstreut durch die Tatsache, daß dieser bereits durch das Ministerium genehmigt worden ist. Der Demonstrationsszug soll vormittags um halb 10 Uhr vor der Festhalle aufgestellt werden und um 10 Uhr abmarschieren. Im übrigen soll die Aufstellung wieder so vorgenommen werden, wie voriges Jahr mit den Kindern an der Spitze, denen auch wieder eine Brechel verabreicht werden soll. Besonderer Wert muß dieses Jahr darauf gelegt werden, daß im Zuge zahlreiche eindrucksvolle Transparente mitgeführt werden.

Die Maibauben werden im Laufe dieser Woche an die einzelnen Gewerkschaften abgegeben zum Preise von 20 Pfg., Erwerbslose zahlen 10 Pfg. Festredner wird der Bezirkssekretär des südwestdeutschen Bezirks des DGB, Koll. Weimer aus Stuttgart sein. Die Maibaube wird von der Volkskammer in a. f. a. b. m. veranstaltet durch Aufführung des großen Chormerkes „Die Befreiung“. Die Arbeiterkammer wird aufgefordert, sich auch an dieser Veranstaltung vollständig zu beteiligen.

In der Diskussion wurde der Wunsch ausgesprochen, den Arbeitslosen die Maibauben unentgeltlich abzugeben. Koll. Schulenburg wies darauf hin, daß es den einzelnen Gewerkschaften überlassen ist, ihren Arbeitslosen die Maibauben unentgeltlich abzugeben.

Die Gewerkschaften haben die Pflicht, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu arbeiten, daß alle ihre Mitglieder sich ebenfalls an der diesjährigen Maifeier beteiligen. Auch alle Spaltungsaussichten müssen energisch zurückgewiesen und die Gewerkschaftsartikels zu folgen ist. Koll. Schulenburg stellte zum Schluß fest, daß die Kartellversammlung einstimmig dafür ist, daß die Maifeier in dem von ihm vorgetragenen Sinne veranstaltet wird.

Unentgeltlichkeit fehlten in der Versammlung die Dachbeder und Hotel- und Restaurationsangestellten.

Ausstellung der Gesellenstücke in der Landesgewerbehalle

Am Samstag vormittag eröffnete Handwerkskammerpräsident Jienmann in der Landesgewerbehalle die diesjährige Ausstellung der Gesellenstücke im Handwerkskammerbezirk Karlsruhe. Der Redner wies eingangs auf die nachstehenden Kundgebungen der Reichshandwerkerswoche hin, und rief nochmals die markanten Worte des Reichspräsidenten von Hindenburg, Reichskanzler Brüning und des Staatspräsidenten Wittenberg über das deutsche Handwerk ins Gedächtnis zurück. Sodann kam Präsident Jienmann auf die hohe Bedeutung und den Zweck der Handwerkslehre zu sprechen, die neben der sachlichen und handwerkstechnischen Durchbildung des Lehrlings und späteren Gesellen vor allem auch dessen sittliche Erziehung zum Inhalt haben müsse. Nur eine abgeschlossene stielbewusste Handwerkslehre, die Verbindung der schaffenden Hand mit dem denkenden Geiste könne der vorzüglichste Berechtigungschein für unser menschliches Leben sein. Der Redner schloß seine beifällig aufgenommenen Ausführungen mit einem freundlichen Dankeswort an alle diejenigen, die sich um das Handwerk und seinen Nachwuchs zu jeder Zeit in hervorragendem Maße verdient gemacht haben, und fügte ebenso herliche Wünsche an die Jungbauwerker und Jungbauwerkerrinnen bei, die ihre Gesellenprüfung mit Erfolg abgelegt und das Prüfungsobjekt ausgefüllt haben. Redner wünschte seinen Jungbauwerkern eine fleißige, strebsame und charakterstarke Gesellenzeit, möglichst in fremder, adiegender Werkstätte, in der sie sich auf die spätere Weiterprüfung mit Erfolg vorbereiten können, um sich zu dereinst als brauchbare Glieder des edelbaren deutschen Handwerks zu erweisen.

Als Prämierungsleiter und Vertreter des Badischen Landesgewerkschaftsverbandes sprach Regierungsrat Volkmann, der nochmals die Notwendigkeit der gleichzeitigen fachlichen und technischen Durchbildung und Persönlichkeits- und Charakterbildung des Jungbauwerkers unterstrich.

Die Ausstellung (328 Aussteller mit 563 ausgestellten Gegenständen) zeigt gute Leistungen mit einem wahrnehmbaren Zug nach Steigerung und Qualitätsarbeit. 53 erste, 233 zweite Preise und 29 Diplome kamen zur Verteilung.

Städtische Bäder und Arbeitslose

Man schreibt uns: Vor wenigen Tagen erst eröffnete die Direktion der Stadt, Badenweiler eine Badeanstalt über die Benutzung der Badenweiler Bäder, aus der hervorgeht, daß die Zahl der Besucher gegenüber dem Vorjahre stark zurückgegangen ist. Die Tatsache wurde in der Presse gebührend gewürdigt und entsprechend reflektiert. Daß die Stadtverwaltung aber, trotz Preisausgleichs „Was gefällt Ihnen nicht?“, falsche Wege einschlug, um eine Erhöhung der Besucherzahl zu erreichen, beweist am besten die diese Woche ansehenden oder besser gesagt erschwerter zu erlangende Vergünstigung für Arbeitslose. Bisher konnte dieser für 20 Pfg. ein Schwimmbad nehmen. Ein großer Teil der Erwerbslosen, besonders die Jugend, bei der jeder Pfennig eine große Rolle spielt, machte von dieser Vergünstigung lebhaften Gebrauch. Nun scheint man zu befürchten, daß wenn nur gegen Vorzeichen der Stempelkarte diese Vergünstigung gewährt wird, etwa ein Mißbrauch getrieben oder aber der Besuch der Badenweiler durch Erwerbslose zu stark werde. Daher beschloß man, Ausweishefte einzuführen, die vom Stadt, Fürsorgeamt ausgefüllt werden müssen. Wer den Betrieb auf diesem Amt kennt, wird verstehen, daß es nicht jeder Manns Sache ist, dort wegen einer solchen Vergünstigung stundenlang Schlange zu stehen, um dann schließlich doch noch an einem anderen Tag nochmals hinzumüssen. Wenn man glaubte, eine Erleichterung des Badebesuchs durch Erwerbslose einführen zu müssen, dann hätte sie doch diese Vergünstigung auch durch das Arbeitsamt kennen lassen können. Bereits am Freitag vormittag konnte man sich von der vereinfachten Ausfüllung dieser Maßnahme überzeugen, denn ein Großteil jugendlicher Erwerbsloser lernte um, weil ihnen half die üblichen 15 Pfg. fehlten. Die Schwimmhalle weist gegenüber den Vormodern einen schlechten Besuch auf. Auf der einen Seite erhält man Preisausgleich, um den Besuch der Badenweiler zu haben, und auf der anderen erschwert man gerade den unter der Anspannung der Wirtschaftslage schwer leidenden Volksklassen den Besuch der Badenweiler. Unserer Meinung nach, müßte zur Inanspruchnahme dieser Vergünstigung doch die Ausweishefte des Arbeitsamtes voll genügen. Ein Mißbrauch wird bei Vorzeigen dieser Ausweishefte gewiß vermieden. Also weg mit unnötigen Hindernissen, damit recht viele Arbeitslose in den Vormittagsstunden die Wohltat eines Bades genießen können. Das ist Dienst an der Gesundheit des Volkes!

Generalversammlung der Milchhändler-Vereinigung

Die Milchpreisfrage

Die Karlsruher Milchhändler-Vereinigung hielt am 14. d. M. ihre diesjährige Generalversammlung im Restaurant „Zum Großen Kurfürsten“ ab. Die Versammlung war sehr gut besucht und wurde von dem Vorsitzenden, Schulenburg, eröffnet und geleitet. Nach Eröffnung des Geschäfts- und Kassensberichts wurde dem Vorstand und Kassierer einstimmig Entlassung erteilt. Für die bisherige Tätigkeit des Vorstandes und Kassierers, welche ehrenamtlich ist, wurde von der Versammlung der Dank ausgesprochen.

Die Neuwahlen ergaben keine wesentliche Veränderung. Die bisherige Gattin: „Mit der Stadt, Milchzentrale für die Konsumenten“ wird weiter beauftragt. Der neuen Gesellschaftsgründung wurde wieder betont, daß die Verhandlungen bisher schlechter als am der Karlsruher Milchhändler-Vereinigung (Lauterbergzentrale), die scheinbar eine Monopolstellung anstreben, was jedoch für Händler wie für den Konsumenten höchwahrscheinlich kein Vorteil wäre. Im Schlußwort nahm der Vorsitzende Schulenburg nochmals Stellung zu den aktuellen Tagesfragen, u. a. dem Milchpreisabbau, worüber er folgende Ausführungen machte:

Wir glauben machen will, der Milchpreisabbau müsse durch Senkung der Handelspanne erfolgen, der verbreitet einen Irrtum. Denn jeder muß einsehen, daß auf diesem Wege ein fühlbarer Abschlag gar nicht kommen kann. Die Handelspanne ist normal, zu hoch ist nur der Einkaufspreis frei am Produktionsort. Es ist nicht einzusehen, warum der Einkaufspreis frei am Produktionsort höher sein soll als sonst überall im Lande, wo Milch im Ueberflusse vorhanden ist. Wird in Karlsruhe, wie in allen außerbadischen Städten der Milchkaufpreis heute auf 18 Pfg. frei am Produktionsort festgesetzt, dann kostet die Milch für den Verbraucher im Verkauf frei Haus, die Karlsruher Bevölkerung würde dadurch jährlich über eine halbe Million Reichsmark sparen. Sie hat auch ein gutes Recht, jetzt endlich eine Preisermäßigung für Milch zu verlangen; denn in Karlsruhe, wie in allen badischen Städten, wurden in den letzten Jahren immer die höchsten Milchpreise bezahlt. Wenn daher die Bevölkerung von Karlsruhe die Milch billiger einkaufen will, dann dürfen die Hausfrauen diese Angelegenheit nicht nur mit dem Milchhändler besprechen; der kann an dem Preis nichts Merkliches ändern. Die Verbraucher müssen energischer den Milchpreisabbau verlangen und geschlossener insbesondere durch die Hausfrauen-Organisationen vorgehen, denn nur dann sind sie stark. Andernfalls wird alles beim alten bleiben. Die der städtischen Zentrale angeschlossenen Milchhändler der Vereinigung haben getan und werden tun, was in ihren Kräften steht.

Durch die in letzter Zeit erschienenen Zeitungsartikel ist der Milchkaufpreis zu einer brennenden Frage geworden. Idealisch wollen die Hausfrauen wissen, warum die Milch so teuer ist und wann sie abgibt. Leider müssen die Milchhändler aber immer antworten, daß von einem Abschlag noch nichts bekannt sei. Obwohl bekannt ist, daß in fast allen außerbadischen Städten der Milchkaufpreis 27—30 Pfg. pro Liter beträgt, was auch angemessen erscheint, kann der hiesige Händler die Milch nicht billiger abgeben als 32 Pfg. Seht oft wird auch die Ansicht geäußert, die Zwischenpreise seien zu hoch und die Handelspanne müsse abgebaut werden. Aus den Veröffentlichungen in den Zeitungen ging aber doch ohne weiteres hervor, daß überall dort, wo für einen Liter Milch 28 Pfg. bezahlt werden, der Milchkaufpreis frei Verbraucherstation höchstens 17 oder 18 Pfg. pro Liter beträgt. Es ist leicht festzustellen, daß die Handelspanne bei Milch in Karlsruhe nicht höher ist, als es sonst üblich ist, wenn man folgende Zusammenstellung vergleicht:

	Milchkaufpreis frei Verbraucherstation	Milchverkaufspreis	Handelspanne
Saarbrücken	18 Pfg.	30 Pfg.	12 Pfg.
Worms	19 Pfg.	30 Pfg.	11 Pfg.
Frankfurt a. M.	17 Pfg.	30 Pfg.	13 Pfg.
Köln	17 Pfg.	28 Pfg.	11 Pfg.
Düsseldorf	17 Pfg.	28 Pfg.	11 Pfg.
Dortmund	17 Pfg.	27 Pfg.	10 Pfg.
Karlsruhe	22,5 Pfg.	32 Pfg.	9,5 Pfg.

Wie ersichtlich, beträgt die Handelspanne meistens 10—12 Pfg. pro Liter. In Karlsruhe, wo diese Spanne zwischen einem der besten Milchhöfe und Händler geleitet wird, ist sie nicht größer wie in

den vom Verleiher angeführten Städten. Daraus ist der Milchkaufpreis frei Verbraucherstation in Karlsruhe sehr viel höher als die Handelspanne verschuldet.

Bund religiöser Sozialisten

Bereits am Donnerstag hielt die Ortsgruppe Karlsruhe des Bundes religiöser Sozialisten ihre Generalversammlung ab. Der erste Vorsitzende, Gen. Hauptl. Hellinger, begrüßte die zahlreich erschienenen und betonte, daß die Generalversammlung auch eine Generalabrechnung bedeute. Die Ortsgruppe Karlsruhe könne dem im letzten Jahr Erreichten zufrieden sein, sei es ihr doch gelungen, endlich einen soz. Gemeindepfarrer nach Karlsruhe zu bekommen. Aber auch sonst schreibt, dank der Maßnahmen unserer Gegner, der religiöso. Gedanke rückt fort. Die impotente Protestversammlung in der Festhalle hat jedem gezeigt, daß die religiöse Bewegung ein Faktor im geistigen Leben geworden ist, den man nicht mehr übersehen kann.

Der Geschäftsführer der Schriftführerin Genossin Elisabeth G. u. a. L., gab ein Bild von der Arbeit der Ortsgruppe. Die Karlsruher Ortsgruppe hat sich im letzten Jahr sehr erfolgreich um die Förderung der religiösen Arbeit bemüht. Die Neuwahlen ergaben wieder eine stimmige Wiederwahl des gesamten Vorstandes. Nur tritt an Stelle des zurückgetretenen zweiten Vorsitzenden, Gen. Dietrich, Gen. Kappes ab und übertrug über den Fall Edert und die damit geklärte kirchenpolitische Lage. Der Volksfürsorgekomitee nun die Aufgabe, die vielen Tausende, die zum Protest über den Namen gaben, zu sammeln und mit ihrer Hilfe am Neubau der Kirche zu arbeiten. Eine entscheidende Veränderung in der Kirche politisch kann erst eintreten, wenn bei den Wahlen 1932 die Sozialisten so stark vertreten sind, daß die orthodoxen, reaktionären Kräfte gebrochen wird. Dann wird es auch keinen „Fall Edert“ mehr geben, sondern die Kirche wird wieder eine Stimme des Rechts und des Gewissens sein.

Aus Organisationen und Vereinen

Die Freunde des Wasserwandereis

Der Touristenverein „Die Naturfreunde“ veranstaltete am Freitagabend im „Friedrichshof“ einen Lichtbildervortrag über die Freunde des Wasserwandereis, der einen guten Besuch aufwies und in den lebhaft interessierten Zuhörern freudigsten Miterlebnisse auslöste. Der zum erstenmal als Redner auftretende Jugendgruppenleiter Schwan entlegte sich seiner Aufgabe in vorzüglicher Weise. Er zeigte der Versammlung zunächst eine Rheinfahrt von Bressanone bis Rapperswil, dabei zuerst den Aufbau des Bootes zeigend, dann zur eigentlichen Rheinfahrt übergehend, die neben verschiedenen reisevollen Landschaftsbildern das Münster in Bressanone, seine romantische Burganlage zeigte. Hierauf wurden die Zubehöre in die Technik des Bootes eingeführt und ihnen gezeigt, daß ein Gasthausbetrieb ist. Hierauf ging die Fahrt weiter an der Rheinbrücke vorbei, die Rebl mit Straburg verbindet. Sodann wurde in die Illinger und Auenener Altwasser, worauf einige wunderbare Gemütsstimungen und ein herrlicher Sonnenuntergang am Rhein gezeigt wurde. Die Landung in Rapperswil, Feuerwerk am Eis des Rheins, Treiben auf dem Rhein und ein einzelner reiner Dampfer in Marau bildeten den Schluß der herrlichen Rheinfahrt.

Hierauf durften wir eine für den Paddler ziemlich abwechslungsreiche Fahrt auf dem Inn mitmachen mit dem herrlichen Tross der Alpen im Hintergrund. Die Innfahrt, die mit einem Bild der Wilden Kaiser begann, ist jedem Wasserwanderer zu empfehlen, sobald er seinen Kahn beherzigt. Die das Inn jedes Naturliebenden überaus erquickende Innfahrt führte uns u. a. vorbei am dem schönen alten Schloss Ruffein mit seiner idyllischen Umwallung und zeigte zum Schluß den an Naturschönheiten reichem Ausflugsort zum nach der Donau. Hierauf durften wir noch eine Redaktionsmitmachen, die nicht minder schön und interessant war. Sie zeigte der Vortragende noch einige besonders diejenigen Genossen und Genossinnen interessierenden Bilder von Rapperswil, wo er früher war, wobei besonders die idyllische Unberührtheit der Natur in diesen tiefen Einbänden hinterließ. Zum Schluß wurden die Teilnehmerinnen noch mit dem schönsten Bild des ganzen Rheinabenteuers bekannt gemacht durch eine Paddelfahrt von Mainz nach Koblenz. In malerischen entzückenden Bildern wurden gezeigt: Oppenheim, Mainz, Schloß Eitel, Rüdesheim, Bingen und Bingerbrunn, der Rheinhafen, die entzückende Burg Rheinfels, Reidenbach und Sömmel, Bacharach, die Pfalz bei Caub, Dornweil, der Rheinhafen, St. Goar, St. Goarshausen. Die reizende Geste mit dem Schloß ein Bild der mächtigsten Burg des ganzen Rheinabenteuers, das Bonbad, dem gegenüber riesige Weinberge liegen und Stollberg, Neuwied und Andernach, die Insel Ramech, das Jellinger, die roten Falken vor, Nonnenwörth und der Kolonsbogen, der Berg, Bonn mit der Bonner Brücke, um am Ziel der Fahrt bei Köln mit der Rheinbrücke und dem herrlichen Dom zu landen. Der Schluß des an einzigartigen Naturbildern so überreichen Vortrages bildeten einige Bilder vom Bau des Bootshauses in Rapperswil, das jetzt ziemlich fertig ist und das am 10. Mai eingeweiht werden soll. Die Veranstaltung lohnte das ihr so überaus reichhaltige Gedeihen stürmischen Beifall. Zum Schluß machte noch Genosse Ehrenreich auf die Jubiläumssfeier des Volksfestes am 26. April aufmerksam und schloß mit Worten des Dankes an den Referenten die so interessante erlebnisreiche Veranstaltung.

(*) Silbernes Ehejubiläum. Am heutigen Tage können die Eheleute August Böckle, Magasinarbeiter, das Fest der silbernen Hochzeit begehen. Das Jubelpaar ist zugleich auch 25 Jahre Ehepartner des Volksfreud, außerdem kann Herr Böckle auf eine 25jährige Tätigkeit als Mitglied des „Bauerbundes“ zurückblicken. Den Eheleuten Böckle zu ihrer Feier die herzlichsten Glückwünsche!

(*) Frauengruppe Df. Am Samstagabend fand im „Bauerbundeshof“ der Abschluß der diesjährigen Lebewende von der Frauengruppe Df. statt. Eine recht stattliche Zahl von Genossinnen hatte sich eingefunden, ein Beweis dafür, daß die einjährige Lebewende sich großer Beliebtheit erfreuen, und daß auch weiterhin immer wieder neue Kräfte und Anhänger der Partei auszuwählen werden können. Die Arbeit und Mühe lohnt schon des guten und schönen Erfolges wegen, es konnten neue Mitglieder gewonnen werden. Der Abend war umrahmt von einem Lichtbildervortrag des Genossen Kadner, der die Anwesenenden nach dem schönen Naturbild führte. Er zeigte die von Natur und Schönheit so reich gesegneten Städte und Landschaften und gewährte uns dabei noch einen Einblick nach dem ebenfalls interessanten Neuen, Musikvortrage, ausgeführt von der Wanderauflösung Fischer und Gen. Meier, Ruffelberg, der auch noch zu dem guten Gelingen des Abends bei, ebenfalls die einzelnen Genossinnen selbst vorgetragenen heiteren Gedichte, schwäbischer Mundart u. v. m. Mit dem Wunsch der Vorsitzenden, keine Pause in den Zusammenkünften eintreten zu lassen, schloß der in den großen Parteiveranstaltungen sein Wissen und seine Kenntnisse zu erweitern, fand die auf gelungene Veranstaltungen überaus glücklich. Allen, die zum guten Gelingen beigetragen haben, herzlichen Dank!

(*) Frauenkonzert. Bei glänzender Mitternacht (ab 11 Uhr) (Dienstag) nachmittags von 5 bis 6 Uhr die Badische Volkskapelle unter Obermusikmeister Heija auf dem Schlossplatz ein Konzert.

